

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kultur und Europa

14. Sitzung
7. November 2022

Beginn: 14.02 Uhr
Schluss: 17.02 Uhr
Vorsitz: Laura Neugebauer (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Aktuelle Fragen auf EU-Ebene und EU-
Angelegenheiten von Berliner Relevanz**
(auf Antrag aller Fraktionen)

[0057](#)
KultEuro

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs

Situation der anerkannten Religionsgemeinschaften in Berlin

(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen, der Fraktion der CDU, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion der FDP)

[0087](#)

KultEuro

Hierzu: Anhörung

Vorsitzende Laura Neugebauer: Ich begrüße recht herzlich die Anzuhörenden Herrn Bischof Emmanuel von Christoupolis, der Griechisch-Orthodoxen Metropolie von Deutschland; Herrn Gregor Engelbreth, Leiter der Katholischen Büros Berlin-Brandenburg; Herrn Dr. Gideon Joffe, Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin; Herrn Kadir Sahin der Alevitischen Gemeinde zu Berlin e. V. und Herrn Martin Vogel, der Länderbeauftragte der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz – EKBO –. Herr Vogel muss den Ausschuss spätestens um 16.30 Uhr aufgrund eines Folgetermins verlassen. Ich werde das natürlich nachher in der Fragerunde berücksichtigen. Zudem begrüße ich, digital zugeschaltet, Frau Doris Nahawandi, Ihnen jetzt gerade als Birgit zur Nieden angezeigt, als Vertretung für das Büro der Integrationsbeauftragten, sowie Frau Eva-Maria Di Noia von der Senatsverwaltung für Kultur und Europa. Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

Ich darf feststellen, dass Sie mit der Liveübertragung und den Bild- und Tonaufnahmen der Presse einverstanden sind. – Ich sehe kein Kopfschütteln. Dann würde ich auch davon ausgehen, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls gewünscht wird. – Dazu höre ich auch keinen Widerspruch. Dann ist das der Fall. Die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Tagesordnungspunkt 3 übernimmt Frau Kahlefeld.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank! – Vielen Dank, dass ich den Besprechungspunkt begründen kann. Er ist, wie gesagt, von allen Fraktionen aller demokratischen Parteien gemeinsam angemeldet worden. Wir hatten uns überlegt, dass wir uns nach der Corona- und in der Kriegskrise, in der wir jetzt sind, die großen Religionsgemeinschaften einladen wollen, um zu fragen, wie bei ihnen die Situation und der Stand sind. Ich freue mich, dass Sie gekommen sind!

Wir mussten eine schwere Auswahl treffen, und ich stoppe gerade ein bisschen, weil ich versuche zu erklären, wie es dazu gekommen ist. Das eine ist, dass wir immer nur eine begrenzte Zahl an Anzuhörenden haben, das andere, dass wir natürlich nach der Größe und dem Gewicht der Gemeinschaften gehen wollten, wohl wissend, dass auch die kleinen in der Stadt eine große Arbeit leisten. Ich denke, wir bekommen von Ihnen einen Einblick, wie die Arbeit im Moment durch Corona und auch durch die Verwerfungen, denen wir jetzt durch den Krieg und die Geflüchteten ausgesetzt sind, geprägt ist. Ich freue mich auf Ihre Berichte und auf die Diskussion danach!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann möchte ich jetzt dem Senat, Herrn Senator Lederer das Wort für eine einleitende Stellungnahme geben.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Erst mal auch von meiner Seite ein herzliches Willkommen an die Anzuhörenden und ein Dankeschön für die gute Zusammenarbeit in den mittlerweile fast sechs Jahren, in denen wir miteinander arbeiten! Ich will eingangs kurz deutlich machen, dass der Begriff „anerkannte Religionsgemeinschaften“, wie er hier in der Anhörung auftaucht, zumindest mit der Anmerkung versehen werden muss, dass das deutsche Religionsverfassungsrecht die Anerkennung von Religionsgemeinschaften so nicht kennt, sondern Religionsgemeinschaften sind Religionsgemeinschaften, wenn sie bestimmten, vom Bundesverfassungsgericht in seiner Rechtsprechung ausisilierten Kriterien entsprechen. Wenn sie das dann sind, sind Kirche und Weltanschauung in der Bundesrepublik Deutschland grundsätzlich staatsfrei organisiert. Das heißt, die Art der Organisation und der Vereinigung sind alles Angelegenheiten, die in dem Sinne keiner staatlichen Prüfung unterliegen, sondern allein Angelegenheiten der Religionsgemeinschaften sind. Das führt dann manchmal auch zu lustigen Geschichten, wie, wenn beispielsweise das Denkmalschutzrecht mit dem Religionsverfassungsrecht kollidiert. Herr Engelbreth weiß genau, wovon ich spreche.

Was ist dann noch gibt und tatsächlich mit besonderen Rechten und Pflichten verbunden ist, ist die Verleihung eines Status der Körperschaft des öffentlichen Rechts. Das bedeutet nicht, dass sie als Religionsgemeinschaften besondere Rechte hätten. An der Stelle sind alle, ob Körperschaft oder Nichtkörperschaft, egal. Aber bei der Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts kommt es auf ein paar Aspekte an, die nicht jede Religionsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes für sich selbst erfüllen muss, nämlich zum einen die Gewähr, auf Dauer zu existieren, die Gewähr ihrer Rechtsgestalt, ihres Mitgliederbestands – es gibt da eine Reihe von Bestehensmerkmalen, die erfüllt werden müssen –, die finanzielle Nachhaltigkeit und die Rechtstreue. Wenn das passiert, kann im Rahmen eines Anerkennungsakts der Körperschaftsstatus verliehen werden, und dann tritt die entsprechende Religionsgemeinschaft in eine Rechtsform ein, die sie in öffentlicher Weise besonders bindet, aber auch mit bestimmten Rechten versieht.

Ansonsten gilt, dass die Religionsfreiheit nicht nur die Wahl der Religion, sondern natürlich auch die Religionsausübung umfasst. Das heißt, das deutsche Verfassungsmodell gewährt grundsätzlich Religionsfreiheit in einer wohlwollenden Distanz, wohl wissend, dass Religionsgemeinschaften auch ihren Beitrag zum gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft leisten. Insofern verfolgen wir hier kein laizistische Modell der strikten Trennung, sondern die wohlwollende Distanz verbietet lediglich, dass der Staat sich hier zu einer Religionsgemeinschaft in besonderer Weise bekennt oder als Schiedsrichter durch die Gegend läuft. Das ist nicht unsere Aufgabe. Wir verstehen uns als Senatsverwaltung für Kultur und Europa auch als Ansprechpartnerin für die Religionsgemeinschaften, wenn es Sorgen, Probleme gibt, wenn Dinge zu klären sind, wenn zur Religionsausübung notwendige Aspekte nur mit staatlicher Unterstützung erfolgen können – Stichworte: bestimmte Formen der Bestattung, die nach religiösen Riten erfolgen muss, et cetera pp. Dann sind wir Anlaufstelle, stehen zur Verfügung und versuchen zu helfen.

Zum Thema der Körperschaften: Es gibt derzeit 31 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in Berlin, die den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts haben. Die letzte Anerkennung, die wir im Land Berlin vorgenommen haben, war die des Humanistischen Verbands. Ich will aber auch nicht verhehlen, dass wir derzeit bezüglich der Alevitischen Gemeinde in der Prüfung sind und hoffen, dass es nicht mehr so lange dauert. Das ist ein relativ

kompliziertes Verfahren der Anerkennung. Ich will an dieser Stelle nicht zu ausführlich werden, vielleicht ist das für heute auch zu viel, aber wenn sich jemand dafür interessiert, wo da gegebenenfalls das eine oder andere Problem liegt, stehen wir jederzeit gern auch für Sie bereit, um Ihnen dazu Informationen zu geben.

Wichtig ist noch mal in dem Zusammenhang, weil das gerade presseöffentlich geworden ist: Dass es keine anerkannten Religionsgemeinschaften gibt, bedeutet übrigens auch, dass die Kulturverwaltung keiner Behörde bestätigt, dass irgendeine Religionsgemeinschaft anerkannt oder nicht anerkannt ist. Es gab jüngst im Zusammenhang mit einer Baurechtsangelegenheit in Lichtenberg ein bisschen Irritation um die Frage, ob wir jetzt als Kulturverwaltung hier irgendwelche Scheine ausstellen. Das tun wir nicht. Die Pagode in Lichtenberg ist eine buddhistische Religionsgemeinschaft, deswegen hat der Bezirk sie baurechtlich auch dementsprechend zu behandeln, und es braucht dafür auch keine Zettel vom Senator. Das vielleicht einfach noch mal zur Klarstellung.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Vielen Dank! – Dann würde ich jetzt den Anzuhörenden das Wort für die einleitenden Stellungnahmen geben. Danach haben wie immer die Abgeordneten die Chance, Fragen an die Anzuhörenden zu richten. Darauf folgt dann noch einmal eine Antwortrunde. Ich möchte in alphabetischer Reihenfolge anfangen. Der Erste wäre danach Herr Bischof von Christoupolis.

Bischof Emmanuel von Christoupolis (Griechisch-Orthodoxe Metropolie von Deutschland): Herzlichen Dank! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Herr Senator Lederer, wir kennen uns schon! Danke für die Einladung und die Möglichkeit, vor und mit Ihnen sprechen zu dürfen! Ich bin Bischof Emmanuel von Christoupolis, Vikar, Bischof des Griechisch-Orthodoxen Metropoliten von Deutschland mit Sitz in Berlin. Der erste griechisch-orthodoxe Bischof, der das Privileg hat, seinen Sitz in der Bundeshauptstadt Berlin zu haben.

Ein paar geschichtliche Daten zu unserer Kirche: 1799 werden die ersten Griechen im Stadtarchiv in Berlin erwähnt, also gibt es griechisches Leben in Berlin schon sehr lang. 1904 ist die erste Gemeinde in Charlottenburg gegründet worden, 1924 verlieren sich ihre Spuren. Bis 1943 gab es in der Stadt sporadisch pastorale Pflege und Gottesdienste in der damaligen griechischen Botschaft, die zerstört wurde, den Grund können wir alle nachvollziehen. 1946 gab es eine Neugründung und eine pastorale Betreuung aus Großbritannien, dem sogenannten Erzbistum von Thyateira, gegründet 1922, das dieses Jahr sein 100-jähriges Bestehen feiert. 1958 kommt der erste ständige Pfarrer in die Stadt. 1960 gibt es eine erste Gemeinde in einer Wohnung im Erdgeschoss in der Wielandstraße. 1976 gibt es den Bau der Kirche in Steglitz unter großer Hilfe und Unterstützung der evangelischen Kirche hier vor Ort. So wächst eine Gemeinde heran, die bis 2011 ca. 13 000 Mitglieder hat. Nach der Krise und im Zuge der Finanzkrise in Europa und in Griechenland zählt die Gemeinde heute ungefähr 24 000 Mitglieder, wir haben also innerhalb von knapp zehn Jahren eine Verdoppelung der Gemeindemitglieder, so viele Griechen leben in und um Berlin. Unsere Gemeinde betreut aber nicht nur die Griechen hier in Berlin und Brandenburg. Ich bin, wie gesagt, Bischof seit zwei Jahren. Ich bin ein sogenannter „Coronabischof“, ich bin also während der Pandemie gewählt und geweiht worden. Ich habe von 2005 bis 2020 den Dienst in Berlin, Leipzig, Dresden, Magdeburg, Rostock usw. – die Liste kann endlos weitergeführt werden – übernommen. Überall dort

gibt es Griechen. Es gibt Städte in Deutschland, da gibt es keine Ampel und keine Tankstelle, aber ein griechisches Restaurant. Das wissen Sie vielleicht alle.

Unsere Gemeinde ist ökumenisch versiert und ökumenisch unterwegs. Sie ist Gründungsmitglied des Ökumenischen Rates in Berlin-Brandenburg, der aus dem Ökumenischen Rat Berlin hervorging, und Gründungsmitglied des Internationalen Konvents, der Vorsitzende darf gerade zu Ihnen sprechen. Es gibt also intensive Beziehungen zu den Bezirken, zum Senat und zum Abgeordnetenhaus. Dafür sind wir sehr dankbar. Ich denke, dass auch die heutige Einladung aus diesen Beziehungen heraus entstanden ist. Unsere Kirche, unser Bistum in Deutschland ist seit 1974 Körperschaft des öffentlichen Rechts. Diesen Rechtsstatus haben wir zuerst in NRW verliehen bekommen, mittlerweile ist das über alle Lande geschehen. Heute leben ungefähr 500 000 Griechen in Deutschland, Tendenz in den letzten Jahren steigend.

Wir finanzieren uns aus Spenden, wir leben also von dem, was uns die Gemeindemitglieder zum Überleben geben. Das ist, wie Sie sich denken können, sehr, sehr schwierig und hat in den letzten Jahren, vor allen Dingen unter Coronabedingungen, fast dazu geführt, dass viele Gemeinden schließen mussten. „Viele“ Gemeinden bedeutet, dass griechisch-orthodoxe Kirchengemeinden in Deutschland, 70 an der Zahl, plus 70 Filialgemeinden ihren Dienst verrichten. Insgesamt gibt es in ganz Deutschland ungefähr 600 orthodoxe Kirchengemeinden verschiedenster Herkunft. Wir versuchen auf vielen Ebenen in diesem Land das, was wir erlebt haben, was wir als Integration und Etablierung spüren, weiterzuführen. Das ist eines meiner Anliegen in Berlin, in einer Stadt, in der es auf jeden Fall 17 orthodoxe Kirchengemeinden gibt, in der ungefähr 160 000 Menschen ihre Heimat finden, auch das ist eine Zahl, die Sie kennen sollten. Hinzu kommen, bedingt durch die aktuelle Situation, sehr viele ukrainische Kirchengemeinden, einige kanonisch – ich benutze diesen theologischen Begriff –, sprich: von der Kirche rechtlich anerkannt, andere eher als „Fliegenpilze“ einzuschätzen. Es ist schwierig und eine sehr unüberschaubare Situation.

Ein Anliegen, das unsere Gemeinde, und ich nehme auch alle anderen orthodoxen Kirchengemeinden in Berlin dazu, beschäftigt, ist das Thema Religionsunterricht. Die rechtlichen Grundlagen sind dafür geschaffen, also wir haben einen regen Kontakt mit Hartmut Rhein. Wir versuchen, über das Label griechisch-orthodox hinaus, miteinander zu handeln und zu wirken. Unsere Kirchengemeinde in Steglitz baut gerade ein Gemeindezentrum. Ich war heute auf der Baustelle. Das wäre ohne den Stiftungsrat der Lottostiftung, in dem einige aus diesem Haus mit drinsitzen und uns quasi ihr Vertrauen entgegengebracht haben, nicht zustande gekommen. Wir sind aber auch in Sorge, weil es nebenan in der Mittelstraße in Steglitz ein Haus gibt, wo die hellenische Gemeinde zu Hause ist, das verkauft werden soll. Da gibt es verschiedene Initiativen vonseiten der Gemeinde, die versucht, auch auf die politische Ebene, auf die Ebene des Senats und des Abgeordnetenhauses zu gehen und Hilfe zu erbitten, vielleicht dieses Gebäude vonseiten der Stadt oder des Landes, wie auch immer, zu erwerben, um griechisches Leben in Berlin weiterhin zu ermöglichen. Der aktuelle Anlass ist uns allen bekannt: Es ist ein Krieg, der die Welt erschüttert. Kurioserweise ist die Orthodoxie in Deutschland mittlerweile in aller Munde, leider nicht im positivsten Sinne. Das heißt, dass wir als orthodoxe Kirche angefragt werden. Ich persönlich darf in den letzten elf Jahren die Orthodoxe Bischofskonferenz, deren Mitglied ich auch mittlerweile bin, als Beauftragter bei der Bundesregierung vertreten. Ich bin bei den Verfassungsorganen aber auch beim Abgeordnetenhaus quasi das orthodoxe Büro in Berlin. Das heißt, wenn Sie Fragen orthodoxer Natur haben, kommen Sie gern auf mich zu! Ich bin Ihr Ansprechpartner und leite auch gern weiter.

Wir brauchen viel Aufklärung, Information und einen regen Dialog in Bezug auf orthodoxes Leben in dieser Stadt. Leider gibt es viel zu viel Propaganda, auch bezüglich der aktuellen Situation. Dieses Gespräch wird mit uns gesucht, und dafür sind wir dankbar. Es wird auch weiterhin orthodoxes Leben in Berlin geben, darauf sind wir stolz. Auch ich darf diese Stadt meine Heimat nennen.

Noch zwei Informationen zu meiner Person: Ich vertrete die dritte Generation meiner Familien in Deutschland. Ich kann mit Fug und Recht behaupten, dass ich in diesem Land integriert bin. Ich bin in Duisburg geboren und bin der erste orthodoxe Bischof in Berlin, der in Deutschland geboren ist. Auch das ist für mich eine historische Aufgabe und Verpflichtung gegenüber dieser Stadt, die ich sehr gern meine Heimat nenne. Ich sage aber noch einmal zum Ende, verbunden mit einem Dank: Bitte kommen Sie auf uns zu! Wir lassen gern mit uns reden und wollen gern, dass Sie mit uns reden. Es tut uns weh, dass Sie manchmal nur über uns reden, ohne auf uns zukommen. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Vielen Dank! – Ich möchte jetzt Herrn Engelbreth das Wort geben.

Gregor Engelbreth (Leiter des Katholischen Büros Berlin-Brandenburg): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine Damen und Herren Abgeordneten! Herr Senator! Herr Staatssekretär! Vielen Dank für die Einladung und die Gelegenheit, Ihnen die Religionsgemeinschaften und konkret die katholische Kirche kurz vorzustellen! Bevor ich gleich ein paar Zahlen und Fakten für die katholische Kirche in Berlin nenne, will ich kurz auf einige, eher grundsätzliche Aspekte eingehen. In den Religionsgemeinschaften mit ganz unterschiedlicher Historie und Praxisrelevanz in Berlin, finden sich Menschen zusammen, um über gemeinsame Grundfragen unserer menschlichen Existenz nachzudenken. Religionsgemeinschaften leisten auf diese Weise auch einen Beitrag zur Sinnstiftung, gerade in existenziellen Fragen, und geben aus ganz unterschiedlichen Traditionen und Erkenntnissen in verschiedenen Lebensfragen einen ethischen Rahmen und eine ethische Orientierung. Unabhängig von diesen eher sinnstiftenden Fragen übernehmen Religionsgemeinschaften, und auch unsere Kirche, in erheblichem Umfang gesellschaftliche Verantwortung, insbesondere im Sozial- und Bildungsbereich. Das sind, nicht nur, aber durchaus auch, finanziell, in unseren Etats ganz große Posten, weit über das hinaus, was wir an Einkünften aus dem staatlichen Bereich haben, und auch über die Eigeninteressen unserer Mitglieder weit hinaus. Das heißt, wir sehen unsere Aufgabe nicht darin, ein kirchliches, also in diesem Fall ein katholisches Biotop zu schaffen, in dem man sich als Katholik von der Wiege bis zur Bahre dann wohl fühlen kann – das auch, aber wir sehen unserem großen Auftrag auch darin, mit dieser Gesellschaft zusammenzuarbeiten und in diese Gesellschaft positiv hineinzuwirken.

Wir gehen dabei in einer Stadt, die eine Vielzahl von Lebensentwürfen, Lebensstilen und auch unterschiedliche religiöse und weltanschauliche Überzeugungen hat, auf unsere Gesprächs- und Kooperationspartner offen zu. Wir hoffen und vertrauen darauf und erwarten eigentlich auch, dass es in einer Gesellschaft und einem politischen Rahmen, in dem Toleranz und Offenheit immer wieder als hohes Ziel definiert wird, auch Religionen und Kirchen mit dieser Offenheit und dieser Toleranz begegnet wird. Dazu gehört nach meiner Auffassung auch, dass es möglich sein muss, sich in nahezu allen Lebenssituationen zu Überzeugungen, auch zu religiösen Überzeugungen, zu bekennen, ohne Nachteile davon zu haben. Dazu gehört letztlich auch das Tragen entsprechender Symbole. Einen Austausch über unterschiedli-

che Ansichten, als zwingende Voraussetzungen für Offenheit, erreichen wir nach meiner Auffassung nicht durch Verbannung von religiösen Symbolen, sondern durch die Bereitschaft, andere Überzeugungen zu akzeptieren und mit anderen zu diskutieren. Die Grenze der Akzeptanz ist dabei natürlich immer die vom Grundgesetz vorgegebene gesellschaftliche Übereinkunft.

Ich glaube, man kann im Augenblick einen solchen Beitrag nicht liefern, ohne etwas zu Corona sagen zu müssen. Die Coronaepidemie war für uns alle – für unsere ganze Gesellschaft, aber auch für unsere Kirchen – eine massive Einschränkung. Der Verlauf der Epidemie hat dazu geführt, dass 2020 ausgerechnet zu Ostern, dem für christliche Kirchen höchsten Fest, ein totaler Lockdown praktisch verhängt wurde. Das ist uns in der Kirche sehr schwer gefallen, denn Ostern ist das, wie gesagt, über mehrere Tage zentrale Fest. Wir haben das dann mit großem Grummeln und durchaus kircheninternen Diskussionen hingenommen, mitgetragen und versucht, so gut es geht, uns mit alternativen Konzepten zu helfen. Da haben wir die gleichen Erfahrungen wie die Schulen gemacht: Ein online gestreamter Gottesdienst ist etwas anderes, als daran live teilzunehmen, zumal ein Gottesdienst auch von der Begegnung mit Menschen lebt. Wenn ich zu Hause an meinem Laptop sitze und mir so einen Gottesdienst angucke, ist es einfach etwas anderes, als wenn ich neben mir jemanden setzen habe, dem ich dann am Ende des Gottesdienstes den Friedensgruß geben kann. Wir haben dann, auch da noch mal der Dank an die Senatsverwaltung, im Sommer sehr intensiv zusammengesessen, in Gottesdiensten wird ja auch gesungen. Ich habe dann von einem TU-Professor etwas über Luftverwirbelung und von der Senatsverwaltung alles Mögliche zu diesen Themen gelernt, und wir haben versucht – so gut es eben geht, aber aus meiner Sicht durchaus erfolgreich, Kirchengemeinden sind nach meinem Überblick keine Coronatreiber gewesen –, Vorsichtsregeln zu machen. Ich denke, es hat sich auch die Erkenntnis durchgesetzt, dass man Kirchen durchaus eine große Eigenverantwortung geben kann, dass man nicht alles von staatlicher Seite aus akribisch kleinlich regeln muss, sondern dass man darauf vertrauen kann, dass wir natürlich auch ein Interesse daran haben, dass die Mitglieder unserer Kirche nicht krank werden und wir keinen Hotspot bilden. Das hat sich aus meiner Sicht bewährt, wenn auch mit großen Schwierigkeiten. Wir haben gelernt. Wir hoffen sehr, dass sich die Situation, wie wir sie im Frühjahr 2020 hatten, auf keinen Fall wiederholt, denn es ist natürlich für ein kirchliches Leben wichtig, dass es eine Kontinuität hat. Wenn über Wochen oder Monate auch in der Kinder- und Jugendarbeit bestimmte Dinge nicht stattfinden können, reißen natürlich dann Stränge ab.

Vielleicht noch ein Wort zum Krieg: Die Ehrenamtlichen in den Kirchengemeinden sind bei der Unterbringung von Geflüchteten sehr engagiert, sowohl 2015 und 2016 als auch jetzt während des Krieges in der Ukraine. Aber wir sehen auch, dass wir in vielen Bereichen die Grenzen der Leistungsfähigkeit, insbesondere bei den Ehrenamtlichen, erreichen, und nach ein paar Wochen oder Monaten Ermüdungserscheinungen einsetzen.

Noch einige eher harte Fakten: Das Erzbistum Berlin ist in den dreißiger Jahren errichtet worden, also lange vor dem Zweiten Weltkrieg. Es erstreckt sich historisch über das Land Berlin hinaus, also zum Erzbistum Berlin gehören ungefähr drei Viertel des Bundeslandes Brandenburg und der vorpommersche Teil des Landes Mecklenburg-Vorpommern. Das sind nicht gerade katholische Gebiete, das heißt, die Zahl der Gläubigen war immer schon in West-Berlin deutlich größer. Derzeit, Stand Ende 2021, leben im Land Berlin knapp 300 000 Katholiken, die in insgesamt 40 Pfarreien organisiert sind. Wir haben in den letzten Jahren nach

intensiven Diskussionen auf Gemeindeebene eine Strukturänderung vorgenommen. Pfarreien sind zu neuen größeren Einheiten zusammengefasst worden, um Gemeinden auf der Basis-ebene von Verwaltungsarbeit zu entlasten.

Zu den Einrichtungen, die wir betreiben, gehören unter anderem allein im Land Berlin 75 Kindertagesstätten, die von 4 500 Kindern genutzt werden, und zwar, das möchte ich noch einmal betonen, unabhängig von der konfessionellen Zugehörigkeit, unabhängig von weltanschaulichen Überzeugungen und der Nationalität der Eltern oder Kinder. Wir betreiben im Land Berlin 18 katholische Schulen. Dort gilt das gleiche: Die Mitgliedschaft oder die Zugehörigkeit ist nicht von der Konfession der Eltern abhängig, also kein katholisches Biotop. An staatlichen Schulen, also an den nichtkirchlichen Schulen, bieten wir, das ist hier schon angeklungen, auch gemeinsam mit anderen Religionsgemeinschaften Religionsunterricht an. Es gibt eine Katholische Hochschule für Sozialwesen in Karlshorst. Da werden dringend benötigte Bachelor- und Masterstudiengänge im gesamten Feld der sozialen Arbeit angeboten und in enger Kooperation mit der Evangelischen Hochschule und der weltanschaulich neutralen Alice Salomon Hochschule akademische Ausbildung für den Bedarf des Landes, des Bezirks und auch freier Träger betrieben.

Wir haben an der HU ein zentrales Institut für katholische Theologie errichten können und hoffen darauf, dass, nachdem der Senat schon im Juni den Beschluss gefasst hat, der Staatsvertrag dazu auch demnächst ratifiziert werden kann.

Aus dem Bereich des Sozialen könnte ich stundenlang aufzählen, dazu reicht die Zeit nicht. Die Caritas macht eine intensive und wertvolle Arbeit in nahezu allen Bereichen der Sozialarbeit, angefangen von allgemeinen sozialen Diensten, Beratungen und Begleitungen in nahezu allen Lebensbereichen, einschließlich Immigration und betreibt zahlreiche stationäre Einrichtungen in Krankenhäusern, Kranken-, Seniorenheime und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen.

Wir sind aber über den Bildungsbereich und den caritativen Bereich hinaus auch politisch tätig, insbesondere auch im Bündnis für ein weltoffenes und tolerantes Berlin und – ganz frisch und aktuell – seit letzten Freitag auch im Bündnis Netzwerk der Wärme. Wir versuchen uns dort, auch über unsere eigene Tätigkeit hinaus, gesellschaftlich einzubringen.

Noch den letzten Punkt: Katholische Kirche in Berlin ist Weltkirche. Es gibt allein 17 muttersprachliche Gemeinden. Es liegt auch an der Attraktivität unserer Stadt, dass viele Menschen, auch aus katholisch geprägten Ländern, nach Berlin kommen und hier entweder in den normalen Pfarreien oder, insbesondere häufig am Anfang, in muttersprachlichen Gemeinden unterkommen. Wir arbeiten in dem Bereich auch mit der Beauftragten des Berliner Senats für Integration und Migration zusammen, die den Rat der muttersprachlichen Gemeinden besucht hat und sich davon überzeugen konnte, dass das über die Religion ein wertvoller Beitrag zur Integration ist. – Das soll erst einmal genügen. Ich stehe dann auch gern für Nachfragen zur Verfügung. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Vielen Dank! Dann würde ich jetzt Herrn Dr. Joffe das Wort geben.

Dr. Gideon Joffe (Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Verehrte Abgeordnete! Stellen Sie sich vor, die Vertreter der katholischen Kirche, der evangelischen Kirche und der griechisch-orthodoxen Kirche werden unter einem Dach vereinigt und einer dieser Herren spreche für alle drei. Bei uns in der jüdischen Gemeinde zu Berlin ist es so, dass wir nicht nur drei, sondern vier, fünf, sechs, je nachdem, wie man es sehen möchte, Strömungen des Judentums vereinigt haben. Das ist auch der Grund dafür, dass sie, obwohl wir so eine kleine Religionsgemeinschaft sind, hin und wieder in den Zeitungen etwas über uns lesen. Seit einigen Jahren ist aber eher weniger über uns zu lesen. Ich bin der Meinung, das liegt selbstverständlich an der guten Arbeit des Vorstandes in Zusammenarbeit mit den Senatsvertretern von Berlin. Insofern begrüße ich auch herzlich den Senator und den Staatssekretär und bedanke mich für die gute Zusammenarbeit!

Verehrte Damen und Herren! Vor wenigen Tagen wurde uns der Verfassungsschutzbericht 2021 zugeschickt. Ehrlich gesagt, steht leider auch in diesem Jahr nicht viel Neues im Verfassungsschutzbericht. Die größten Verfassungsfeinde sehen wir auf links- und rechtsextremer Seite, auf islamistischer und teilweise auch auf nationalistischer Seite. Diese Gruppierungen werden im Verfassungsschutzbericht beschrieben. Sie zeichnen sich dadurch aus, dass sie alle gemeinsam einen Feind haben: Das Judentum generell oder den Staat Israel. Die einzigen, die im Verfassungsschutzbericht von Berlin erwähnt werden und nichts gegen uns haben, sind die Scientologen und die chinesischen Wirtschaftsspione.

Ansonsten ist es leider so, dass obwohl wir aktuell in Berlin nur knapp 10 000 Gemeindemitglieder haben – darüber hinaus gibt es noch 5 000 weitere Juden, die in Berlin leben, die nicht Gemeindemitglieder bzw. anderen jüdischen Gemeinden angeschlossen sind –, dass sich diese extremen Gruppierungen in erster Linie durch Antisemitismus definieren. Basierend auf der Logik könnte man sagen: Je stärker sich das Land Berlin für die jüdische Gemeinschaft engagiert, umso stärker leistet man auch den Beitrag zur Demokratie, denn der beste Kampf gegen die Verfassungsfeinde ist, das jüdische Leben in Berlin zu fördern.

Was meinen wir damit? – Damit kommen wir auch auf den Alltag jüdischen Lebens in Berlin, der durch negative Auswirkungen, wie sie im Verfassungsschutzbericht auch erwähnt werden – schon seit Jahrzehnten by the way –, geprägt ist. Es fängt durchweg damit an, dass so gut wie alle unsere Institutionen unter Polizeischutz stehen, angefangen von den Kindergärten bis zu den Seniorenzentren. Gemeindemitglieder sind daran gewöhnt, dass Vertreter der Polizei quasi natürliche Partner sind. Man wächst so auf, dass man eher schon nervös wird, wenn Vertreter der Polizei nicht vor den Einrichtungen stehen, weil man denkt: Was es jetzt los? Wieso passiert es, dass heute keiner dabei ist?

Wir haben Kindergärten, eine Grundschule und eine Oberschule. Auf der Oberschule haben wir etwa 500 Schüler – 300 jüdische und 200 nichtjüdische. Von diesen 300 Schülern sind 100 Schüler, also ein Drittel der jüdischen Schüler, Flüchtlinge mitten in Berlin, die aufgrund antisemitischer Erfahrung auf eine jüdische Schule geflüchtet sind. Ein Großteil der restlichen Schüler sind diejenigen, die negative Erfahrungen vermeiden wollen und deswegen auf eine jüdische Schule gehen, und das letzte Drittel sind diejenigen, würde ich sagen, die davon überzeugt sind, auf eine jüdische Schule gehen zu müssen. Das sind die Gymnasiasten.

Wir haben jetzt vor kurzem wieder eine Sekundarschule eröffnet, man kann sagen, im Verwaltungsgebäude der jüdischen Gemeinde zu Berlin. Deswegen gibt es dort aktuell ein wenig Unruhe, weil die Verwaltungsmitarbeiter tendenziell ihre Ruhe haben wollen und unsere Sekundarschüler Sekundarschüler sind, wie es sie überall in Berlin gibt, vielleicht etwas lebhafter als die Gymnasiasten. Ein riesiges Problem, das wir aktuell haben, ist, dass wir keine Sekundarschule haben. Die Masse der jüdischen Sekundarschüler verheimlicht ihr Judentum, wenn sie auf nichtjüdische Schulen gehen. Aktuell haben wir knapp 40 jüdische Schüler, es sind aber noch Hunderte mehr, die auf einer Sekundarschule sind. Sie verheimlichen ihr Judentum, sie sagen in der Regel, ihre Eltern stammen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion. Sie möchten einfach vermeiden, zum jüdischen Flüchtling, wenn man so möchte, in Berlin zu werden. In der Regel haben wir gesehen, dass leider eher die Opfer antisemitischer Gewalt die Schulen verlassen müssen und nicht die Täter. Insofern sind wir schon seit Jahren gemeinsam mit dem Kultursenator Dr. Klaus Lederer und dem Staatssekretär Gary Woop dabei, eine Sekundarschule ins Leben zu rufen. Ich sage jetzt mal bewusst in diesem Ausschuss: Mit Gottes Hilfe wird es vielleicht in den nächsten Monaten in die Realität umgesetzt werden können, denn auch unsere Verwaltung platzt aus allen Nähten. Wir haben einfach nicht mehr Platz. Wenn die Möglichkeit besteht, dass jüdisches Leben in Berlin gefördert werden kann, ist aktuell die Sekundarschule das zweitgrößte Problem.

Das größte Problem, das wir aktuell haben, ist der Mangel an Begräbnismöglichkeiten. Wir haben zwei Friedhöfe, einen Friedhof in Weißensee und einen zweiten Friedhof in Spandau. Zwei Drittel der Gemeindemitglieder werden aktuell in der Heerstraße in Spandau beerdigt. Schwierig ist dabei, dass wir noch für etwa ein Jahr Platz haben. In einem Jahr ist der Fried-

hof voll belegt. Dieser Bereich macht den meisten Gemeindemitgliedern die meiste Sorge. Diesbezüglich kommen regelmäßig, mit regelmäßig meine ich wöchentlich, Gemeindemitglieder auf mich zu und fragen, ob sie die Möglichkeit haben, dort vorab einen Platz zu erwerben, was wir nicht ermöglichen.

Ich habe jetzt nicht allzu viel über die jüdische Gemeinde zu Berlin bzw. über das Alltagsleben verschiedener Denominationen erzählt, weil ich die Gelegenheit nutzen wollte, dem Ausschuss die drei größten Probleme der jüdischen Gemeinde im Alltagsleben darzustellen. Zum einen wabert immer im Hintergrund die Gefahr bezüglich Antisemitismus. Da hat sich in den letzten Jahren dank der Unterstützung des Kultursenators und des Staatssekretärs wirklich etwas getan. Unsere Bedürfnisse, die wir im gegenseitigen Austausch definiert haben, sind zu 90 Prozent erfüllt, hundertprozentige Sicherheit kann es nie geben. Nicht wabernd sondern konkret sind die Sekundarschule und der Friedhof. Da spielen sich wirklich unschöne Gespräche ab. Insofern möchte ich abschließend dem Ausschuss meinen Dank ausdrücken, dass Sie sich bereit erklärt haben, den Religionsgemeinschaften, und damit auch uns, ein Ohr zu schenken. – Danke sehr!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Vielen Dank! Dann würde ich jetzt Herrn Sahin das Wort geben.

Kadir Sahin (Alevitische Gemeinde zu Berlin e. V.): Sehr geehrte Frau Vorsitzende, vielen Dank für die Erteilung des Wortes! Ich begrüße alle Ausschussmitglieder, vor allen Dingen den Senator und den Staatssekretär! Meine Name ist Kadir Sahin, ich werde heute für die Alevitische Gemeinde zu Berlin sprechen. Ich bin Vorstandssprecher der Alevitischen Gemeinde und selbst auch alevitischer Religionslehrer. Auch ich möchte zunächst einmal etwas allgemein über das Alevitentum erzählen und dann über die alevitische Geschichte in Berlin.

Die Aleviten wurden über die Jahrhunderte hinweg auch schon im osmanischen Reich bekämpft, als Häretiker bezeichnet und für vogelfrei erklärt. Das heißt, sie hatten keinerlei persönliche Rechte. Das hat mitunter dazu geführt, dass im Rahmen der Gastarbeiteranwerbung in den sechziger Jahren überdurchschnittlich viele Alevitinnen und Aleviten ihre alte Heimat Richtung Deutschland, insbesondere Richtung Berlin verlassen haben. Darum haben wir in Berlin knapp 70 000 Alevitinnen und Aleviten und in Deutschland knapp 1 Million Alevitinnen und Aleviten. Das liegt auch daran, dass sich diese Menschen hier ein Stück weit mehr soziale Mobilität und die Möglichkeit, auch sozial aufzusteigen, erhofft haben, denn in der Türkei sind sie als Religionsgemeinschaft immer noch nicht offiziell anerkannt. Ihre Gebetshäuser werden nicht anerkannt. Aktuell gibt es jetzt auch in der Türkei Bemühungen und ein Schattenspiel, in dem Sinn, dass man versucht, die Religionsgemeinden dort als Kulturhäusern abzustempeln und damit noch einmal zu degradieren. Dementsprechend gibt es in der Türkei noch einen großen Kampf.

In Deutschland sind wir einen Schritt weiter. Unser Dachverband ist seit zwei Jahren auch als Körperschaft des öffentlichen Rechts anerkannt. In Nordrhein-Westfalen waren die Behörden etwas schneller. Wir haben den Antrag auf Erstverleihung in Berlin schon 2014 eingereicht, diesen dann aber zurückgezogen und wollten das dann über unseren Dachverband machen. Herr Lederer hat bereits erklärt, dass dieser Prozess bereits läuft.

Zur Geschichte der Aleviten hier in Berlin: Sie beginnt strukturell 1979. Damals hat man den Verein Yurtseverler Birliđi gegründet. Damals hat man offenkundig den Verweis auf Aleviten oder Cem-Häuser vermieden, weil man sogar hier noch die Ängste, dass man von einer sunnitisch geprägten Mehrheitsgesellschaft ausgegrenzt und angegriffen werden könnte, mitgetragen hat. Aus dem Grund hat man auf diesen Verweis explizit verzichtet. Das alles wandelte sich erst 1993, als in der Türkei in Sivas in Zentralanatolien nach einem Freitagsgebet Menschen aus den Moscheen geströmt sind und Menschen, die ein alevitisches Kulturfest besucht haben, in einem Hotel umzingelt und das Hotel in Brand gesetzt haben. Das alles wurde öffentlich im Fernsehen übertragen. Die Polizei hat damals zugesehen, die Gendarmerie ist angerückt, hat nichts getan, und die damalige Ministerpräsidentin, Frau Tansu Çiller, hat sogar noch gesagt: Solange den Menschen außerhalb des Hotels nichts passiert, gibt es ja da kein Problem.

Umso wichtiger war es darum in Deutschland, diese Anerkennung voranzutreiben. Das haben wir in Berlin dann auch geschafft. Seit 2002 sind wir als Religionsgemeinschaft anerkannt und können in diesem Rahmen auch Religionsunterricht an Grundschulen und an Oberschulen anbieten. Dementsprechend ist das für uns ein wichtiges Anliegen. Darüber hinaus konnten wir 1998 die Räumlichkeiten in der Waldemarstraße erwerben. Das war zuvor eine Neupostolische Kirche. Die haben wir dann 1999 in ein Cem-Haus umgeformt, bis zu 1 000 Menschen finden dort Platz, um dort unser religiöses und kulturelles Leben zu vollziehen. Da finden Gottesdienste, Trauerfeiern und Vermählungen statt. Wir bieten diesen Dienst 70 000 Alevitinnen und Aleviten an. Wir sind zwar in Kreuzberg vertreten, wirken aber in die gesamte Stadt.

Auch hier möchte ich auf ein Problem verweisen: Wir platzen bereits aus allen Nähten. Wir haben also einen hohen Bedarf an Räumlichkeiten. Der Raum wird multifunktional genutzt, aber momentan können wir uns wirklich nicht vor Terminkollisionen schützen. Wir bieten viele verschiedene Veranstaltungen an, zum Beispiel Nachhilfen für alle Schülerinnen und Schüler, also nicht nur alevitischen Glaubens, Integrationskurse und Kurse, durch die wir die politischen Partizipationsmöglichkeiten fördern, da arbeiten wir auch mit der Senatsverwaltung für Inneres zusammen. Das sind viele wichtige Sachen, die wir auch für die Stadt leisten, und dafür brauchen wir einfach genügend Platz.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind Friedhofsflächen. Dieser Punkt wurde ja bereits angesprochen. Wir haben seit 2016 in Kooperation mit der evangelischen Kirche auf dem St. Thomas-Friedhof ein eigenes Gräberfeld. Das funktioniert auch super. Aber die Kapazitäten neigen sich dem Ende zu, und wir brauchen neue Plätze. Wenn man sich den Friedhofsentwicklungsplan anschaut, darauf wollte ich auch hinweisen, sieht man an vielen Stellen, dass viele Flächen umgewidmet, anders verwendet werden sollen, weil sie vermeintlich nicht benötigt werden. Aber hier gibt es Gemeinden, wie zum Beispiel die Alevitische Gemeinde, die diese Plätze wirklich brauchen, weil sich immer mehr Menschen dazu entschließen, sich hier in ihrer neuen Heimat beerdigen zu lassen.

Ein weiterer wichtiger Punkt, an dem wir schon seit 2014 dran sind, ist die Einrichtung eines alevitischen Lehrstuhls. Dieser Einrichtung ist für uns wichtig, denn das Alevitentum wurde über Jahrhunderte hinweg und jetzt auch in der frühen Republik in der Türkei immer wieder verfolgt. Es ist für uns die erste Möglichkeit, zumindest hier in Berlin, unseren Glauben wissenschaftlich zu erforschen und die Lehrerinnen- und Lehrerausbildung professioneller zu

gestalten. Momentan erfolgt das im Rahmen unserer Gemeinde, aber wir würden das gern auch an der Universität verorten. Diesbezüglich gab es bereits erste Gespräche. Ich hoffe, dass man in diesem Rahmen den Prozess wieder beschleunigen kann, und dass wir in den kommenden Jahren in dieser Legislaturperiode einen alevitischen Lehrstuhl eingerichtet bekommen.

Für uns ist auch noch wichtig – ich werde es jetzt auch kurzfassen, ich rede ja schon seit sechs Minuten –, dass wir im öffentlichen Raum stärker zu erkennen sind. Wir als Alevitische Gemeinde wollen uns nicht einfach integrieren, wir sind sowieso Teil dieser Gesellschaft, wir haben 3 000 aktive Mitglieder, von denen sind über 60 Prozent deutsche Staatsbürger, wir wollen mehr Möglichkeiten schaffen, dass diese Mitglieder auch partizipieren können, sich aktiv einbringen können. Dabei ist es wichtig, dass Politikerinnen und Politiker diese Gemeinden nicht nur anfragen, wenn es um uns Aleviten oder um Migrationsfragen geht, sondern auch, was mit dem Tempelhofer Feld passiert. Auch das interessiert Alevitinnen und Aleviten und andere Menschen mit Migrationserfahrung, denn sie sind Teil dieser hiesigen Gesellschaft und haben auch zu diesen Punkten eine Meinung und eine Position. Es wäre für uns ein wichtiger Punkt, dass wir auch im öffentlichen Raum stärker repräsentiert werden, das heißt, auch bezüglich Denkmäler oder Straßennamen. Das sind Dinge, die wir uns stärker wünschen, denn die deutsche Geschichte ist unsere Geschichte. Es darf keine Einbahnstraße sein, auch unsere Geschichte und unsere Identität muss stärker in der Öffentlichkeit erkennbar sein, damit ein wirkliches „Wir“ entsteht. – So viel erst mal dazu. Ich stehe für Ihre Fragen natürlich gern noch zur Verfügung.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Vielen Dank! Dann würde ich jetzt Herrn Vogel als letzten Anzuhörenden das Wort geben.

Martin Vogel (Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz – EKBO –): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Liebe Mitglieder des Ausschusses! Herr Senator! Herr Staatssekretär! Die Evangelische Landeskirche versteht sich als ein Verbund ihrer Kirchengemeinden in der Metropolregion Berlin-Brandenburg mit momentan 860 000 Mitgliedern. Etwa eine halbe Million Berlinerinnen und Berliner sind aktive evangelische Mitglieder.

Sehr gern berichte ich über die Situation unserer Kirche in Berlin. Ich will einmal vorweg ausdrücklich die Belastungen der Coronapandemie, der Inflation und der Energiepreissteigerungen in Folge des russischen Angriffskrieges erwähnen. Das alles trifft auch unsere Kirchengemeinden hart. Ich möchte Ihnen – vielen Dank für Ihr Interesse – anhand von sieben Beispielen einen kleinen Eindruck vermitteln, was unsere Kirchengemeinden gegenwärtig beschäftigt. Das ist natürlich nicht vollständig.

Erstens: Ein Gemeindehaus wird zur Notunterkunft. Unsere Markusgemeinde in Steglitz hat sich sehr früh – im März – dafür entschieden, ihr Gemeindehaus zu öffnen und Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine aufzunehmen. Anfang März wurde das gesamte Haus zur Unterkunft für 80 bis 100 Menschen aus Kiew, Charkiw, Donezk und Lwiw. Die Gemeinde nahm sie auf, sie feierten zusammen das Osterfest und trauerten mit ihren neuen Bewohnern um die Toten, die teilweise nicht einmal begraben werden konnten. Das Gemeindehaus ist übrigens heute noch Notunterkunft und ein offenes Haus und Treffpunkt für Ukrainerinnen und Ukrainer.

Zweitens: Orientierung gewinnen. Über 70 000 Schülerinnen und Schüler erhalten an Berliner Schulen Religionsunterricht. Sie besuchen diesen Unterricht, weil es die Eltern wünschen, oder weil sie sich, wenn sie über 14 Jahren alt sind, selbst entscheiden, diesen Unterricht wahrzunehmen. Wer den Religionsunterricht bis zur 10. Klasse besucht, hat dadurch für sich nicht nur Grundkenntnisse über das Christentum erworben, sondern auch sehr viel über die anderen großen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften gelernt. Diese Kenntnisse im Bereich des immer wichtiger werdenden Orientierungswissens bilden eine nicht zu unterschätzende Ressource in unserem Land.

Drittens: Ein Wahrzeichen Berlins. Die Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche zählt zu den bekanntesten Gebäuden unserer Stadt. Sie kann zu Recht als eines der Wahrzeichen der Stadt beschrieben werden. Die Gemeinde an dieser Kirche lebt Jahr für Jahr eine beeindruckende Gastfreundschaft für Touristen und Passanten, die diese herausgehobene Kirche ausgesprochen stark frequentieren. Diese enorme Leistung von Haupt- und Ehrenamtlichen ist ein Geschenk an die Gäste unserer Stadt, aber auch an alle Berlinerinnen und Berliner.

Viertens: Der geteilte Mantel. Wie fragen uns immer wieder, wie wir Hilfsbereitschaft, Empathie und die Fähigkeit zum Ausgleich zwischen Arm und Reich befördern können. Sollten Sie in Ihrer Nachbarschaft eine evangelische Kita haben, dann können Sie am Freitag dieser Woche erneut erleben, wie der St. Martinstag dafür genutzt wird, eine Urgeschichte des Helfens für Kinder erlebbar zu machen: Martin auf dem Pferd sieht den frierenden Mann. Er handelt sofort, zerteilt seinen Mantel in zwei Teile und gibt die eine Hälfte ab. Die Kitas tragen dazu bei, dass die Kultur des Helfens auch in der nächsten Generation als ein Grundethos verankert wird.

Mein fünfter Punkt: Diakonie nachhaltig. Was wäre unsere Kirche ohne ihre Diakonie? – Hier nur ein Beispiel: Das Evangelische Diakonissenhaus Berlin-Teltow Lehnin ist Arbeitgeber für 2 300 Mitarbeitende. Zum Unternehmensverbund gehören Krankenhäuser, Hospize, Einrichtungen der Altenhilfe und ambulante Dienste. In Pankow können beispielsweise 18 Personen mit geistiger oder mehrfacher Behinderung in einer Wohngemeinschaften leben, so selbstbestimmt, wie irgend möglich. Vor wenigen Tagen hat Olaf Scholz den diakonischen Unternehmensverbund besucht und gewürdigt, dass hier ein 2015 eingerichtetes Energiemanagement beachtliche Erfolge erzielt hat. So wurden bis 2021 die CO₂-Emissionen um 40 Prozent und der Energieverbrauch für Wärme um 9 Prozent reduziert.

Mein sechster Punkt: Da, wo es wehtut – der Soldiner Kiez. Der Soldiner Kiez im Berliner Wedding ist sicherlich kein ganz einfaches Pflaster. Das trifft auch für unsere Stephanus-Kirchengemeinde zu. Sie ringt gerade um die Sanierung ihrer Kirche und orientiert sich neu im unmittelbaren Sozialraum. Ein Angebot der Gemeinde hat den einprägsamen Titel „Orgel mit Biss“. Die Gemeinde lädt regelmäßig Musikerinnen und Musiker ein. Diese geben kleine Konzerte an der Orgel oder mit ihren Instrumenten, und nach der Musik gibt es etwas zu beißen – im Winter eine warme Suppe und im Sommer ein Eis.

Mein letzter Punkt: Von Enteignung betroffen? – Die Evangelische Hilfswerksiedlung. Die Hilfswerksiedlung ist ein evangelisches Wohnungsunternehmen und wurde 1952 gegründet. Der Zweite Weltkrieg war kaum vorbei, und Wohnraum war knapp. Aus diesem Grund hatte die Evangelische Kirche damals den Beschluss gefasst, sich am sozialen Wohnungsbau zu beteiligen. Es entstanden die ersten Wohnungen für Kriegswitwen, Flüchtlinge und Arbeitslo-

se. Heute verwaltet die Hilfswerksiedlung knapp 10 000 Einheiten in Berlin und Brandenburg aus eigenem und fremdem Bestand. Fachleute, die sich auskennen, bestätigen: Die Hilfswerksiedlung ist ein Wohnungsunternehmen, wie man es sich nur wünschen kann. Hier wird soziale Verantwortung wahrgenommen und gelebt. Gleichwohl: Die politisch aufgeheizte Debatte in Berlin und die pauschalen Forderungen nach Enteignungen haben dazu geführt, dass das Unternehmen neue Projekte in Berlin – ich sage einmal – sehr vorsichtig anschaut. Die Hilfswerksiedlung hat übrigens im März eine Etage ihres kleinen Bürohauses sofort freigeräumt, seitdem leben dort vier ukrainische Mütter mit ihren Kindern. Die Leute sind also zusammengedrückt und leben konkret Solidarität und Hilfe.

Meine Damen und Herren, sieben Beispiele, sicher nicht vollständig, aber vielleicht ein kleiner Eindruck. – Danke für Ihr Interesse!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Vielen Dank! – Ich habe jetzt eine relativ volle Redeliste, ich habe zuerst Herrn Dr. Juhnke, dann Frau Breitenbach, Frau Dr. Kahlefeld, Herr Özdemir und Herr Fresdorf. Da kommen noch zwei weitere hinzu. Ich würde jetzt aber trotzdem zuerst Herrn Dr. Juhnke das Wort geben.

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich gehöre diesem Ausschuss ja vergleichsweise lange an und kann mich aber nicht erinnern, dass wir schon mal eine solche Debatte mit den Religionsgemeinschaften hatten, daher ist das, glaube ich, heute hier ein Novum. Ich habe mich besonders auf diese Anhörung gefreut. Ich darf mich bei Ihnen allen bedanken und glaube auch, dass das eine sicherlich ganz gelungene Diskussion ist, Ihre Leistung, aber auch Ihre Fragen und Wünsche an die Politik einmal hier zur Rede zu bringen. Damit beginne ich auch und fordere Sie ausdrücklich auf, so weit es noch nicht geschehen ist, uns mitzugeben, was sie sich von uns als Abgeordnetenhaus, vielleicht aber auch vom Senat wünschen würden. Das ist natürlich auch die Gelegenheit, das zu tun.

Ansonsten interessiert mich natürlich, wie sich bei Ihnen der seelsorgerische Bedarf jeweils verändert hat, gerade in der aktuellen Situation, wo man mit vielen Dingen – Krisen, Covid und allgemeiner Verunsicherung – zu kämpfen hat, wie das das Gemeindeleben in den letzten Jahre beeinflusst hat und inwiefern das inhaltlich das geprägt hat, was Sie dort wahrnehmen und an Angeboten machen wollen. Wir leben ja in Zeiten, in denen immer stärker die Delegitimierung von staatlichem Handeln und Organisation allgemein Einzug hält. Nun stehen Sie mit Ihren Gläubigen in einem ganz anderen Verhältnis, aber auch Sie sind letztendlich die Verkörperung von Institutionen. Meine Frage ist, ob das auch etwas ist, was Sie in Ihrer Arbeit wahrnehmen. – Wie sieht es jeweils mit dem Nachwuchs aus, den Sie zum einen an neuen Gemeinemitgliedern, aber auch, soweit es Ihre Religion vorsieht, an Laien und hinsichtlich der Geistlichkeit haben? – Das wären die Fragen, die ich an alle gemeinsam habe.

Jetzt habe ich noch ein, zwei Fragen an einzelne von ihnen. Zuerst an Herrn Dr. Joffe: Sie hatten das Thema Sicherheit angesprochen, leider ein eminentes, permanentes Thema, wenn man sich mit jüdischem Leben in Berlin auseinandersetzt. Sie haben davon geredet, dass der Polizeischutz ein ständiger Begleiter Ihrer Arbeit und Ihres Daseins ist – traurig genug, jetzt meine Frage: Hat sich das in den letzten Jahren noch verstärkt, also ist der Bedarf größer geworden? Das war mir jetzt nicht ganz klar. Sie haben davon gesprochen, dass es Erfolge gegeben hat, diese Sicherheit darzustellen, aber ist der Bedarf größer geworden?

Das richtet sich jetzt ein bisschen mehr an den Senat, auch wenn ich weiß, dass die Kulturverwaltung dafür nicht genuin zuständig ist: Herr Dr. Joffe hat davon berichtet, dass, wenn es an Schulen zu Übergriffen kommt, regelmäßig die Opfer die Schule verlassen und nicht die Täter. Wie ist es bisher, auch im Rahmen der gemeinschaftlichen Beratungen solcher Fragen, diskutiert worden, dass das ein Zustand ist, der ja jeder Beschreibung spottet? Was kann man tun, damit genau das nicht passiert, dass sich der Täter in seinem Tun auch noch bestärkt fühlen muss?

Nun ist die Vertretung der Senatsverwaltung Integration nicht zur Aussage gekommen, aber mich würde in diesem Zusammenhang schon interessieren, da wir vorhin in der Aktuellen Viertelstunde in der Frage zur Neuköllner Begegnungsstätte das Thema politischer Islam hatten, inwiefern zu beobachten ist, ob in der Wahrnehmung der salafistische Einfluss steigt. Es gibt ja den Islam als Religion, aber leider auch den politischen Islam. Es ist ja nicht immer vollständig voneinander zu trennen, welche aktuellen Bewegungen es dort gibt.

Ein letzter Punkt noch an Bischof Immanuel. Eminenz, Sie hatten Ihre Zusammenarbeit mit der hellenischen Gemeinde dargestellt, vielleicht können Sie da noch ein bisschen ausführen, denn das ist ja ein ganz enger Konnex. Die Kirche hat ja für eine griechische Familie noch eine stärkere Bedeutung als in unserem Kulturkreis hinsichtlich des deutschen evangelischen oder katholischen Christentums leider üblich geworden ist. Das heißt, die Verdoppelung der Gemeindemitglieder bringt ja für Sie ganz spezielle Bedürfnisse hervor, auch hinsichtlich der Kapazitäten, die Sie haben. Vielleicht können Sie dazu noch ein bisschen ausführen, und auch noch kurz zu dem Hausverkauf, den Sie in einem Halbsatz erwähnt hatten. – Sie hatten gesagt, dass Sie auch für andere Städte in Deutschland zuständig sind. Ist überall ein Zuwachs zu verzeichnen? – Ich danke Ihnen für Ihre Antworten!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann habe ich jetzt Frau Breitenbach auf der Redeliste.

Elke Breitenbach (LINKE): Vielen Dank! – Ich finde das auch gut, dass wir heute diese Debatte haben. Es fehlen aber natürlich noch ganz viele, mit denen wir noch gar nicht im Gespräch sind. Jede Fraktion hat, glaube ich, kirchen- oder religionspolitische Sprecher oder Sprecherinnen. Wir sind mit Herrn Engelbreth und Herrn Vogel im regelmäßigen Austausch, mit allen anderen nicht. Wir können auch nicht jeden Tag zu einer anderen Religionsgemeinschaft gehen, aber ich glaube – da rede ich jetzt vermutlich für alle –, dass es eine Bereitschaft für solch einen Austausch gibt, auch wenn es aktuelle Fragen oder Probleme gibt. Sie müssten sich dann einfach an uns wenden. Mir fällt da auch jetzt nichts anderes ein. Eigentlich fände ich es ganz schön, wenn man sich mit allen Kirchen- und Religionsgemeinschaften an einen Tisch setzen und solch einen Austausch machen würde. Aber das kriegen wir vermutlich so schnell nicht hin. Das mal als Angebot von unserer Seite, dass Sie einfach auch nutzen sollten.

Jetzt gibt es ganz viele Fragen, aber was ich auffallend und ganz fürchterlich finde, vielleicht auch weil ich meinen Vater in diesem Jahr beerdigt habe: Wir haben ein Problem mit Bestatungen. Herr Joffe hat es für die jüdische Gemeinde, Sie hatten es für die Aleviten gesagt, vom Islamforum ist ja heute keine Vertreterinnen oder kein Vertreter da, von denen wissen wir es auch – auch schon länger als zehn Jahre. Wir haben hier offensichtlich keine Lösungen. Die Kulturverwaltung ist dafür jetzt nicht zuständig, aber ich bitte den Senator, das noch mal in den Senat zu nehmen und das Thema dort aufzurufen. Wir reden schon eine ganze Zeit mit

dem Islamforum darüber, aber dieses Problem weitet sich ja aus. Es ist nicht hinnehmbar, wenn Berlinerinnen und Berliner ihre Angehörigen hier nicht beerdigen können, sie irgendwann in den Flieger schieben, in die Herkunftsländer bringen und ihre Angehörigen an einer ganz anderen Stelle beerdigen müssen.

Also ich glaube, dem Problem müssen wir uns alle noch einmal stärker zuwenden und vor allem nach Lösungen suchen. Wie gesagt, vom Islamforum kenne ich das seit über zehn Jahren. Da gab es sogar mal eine gesetzliche Regelung. Wir sind heute keinen Schritt weiter, ganz im Gegenteil. Das ist ein Thema, das Sie genannt haben.

Ich will aber auch noch mal, wenn wir hier alle so schön zusammensitzen, die Gunst der Stunde nutzen und mich bei Ihnen allen ganz herzlich bedanken. Sie haben hier an vielen Stellen deutlich gemacht, wo Sie Menschen unterstützen, die in Not sind. Bei der Flüchtlingshilfe oder auch bei der Hilfe für Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine wissen wir das. Aber auch viele Ihrer Kirchengemeinden machen ganz viel. Beispielhaft nenne ich die Hellenische Gemeinde, die regelmäßig Spendenaktionen für obdachlose Menschen macht. Das machen andere Kirchengemeinden an ganz vielen Stellen ja auch. Dafür möchte ich mich bei Ihnen und vor allem bei Ihren Gemeindemitgliedern noch mal ganz herzlich bedanken. Ich würde mich auch freuen – Herr Engelbreth, Sie waren es, glaube ich, der das „Netzwerk der Wärme“ angesprochen hat –, wenn Sie alle beim „Netzwerk der Wärme“ mitmachen würden, weil wir uns im Moment in einer Situation befinden, in der sehr viele Menschen ratlos sind, in Not sind, Angst haben und wir in dieser Gesellschaft enger zusammenrücken und solidarisch miteinander sein müssen und natürlich auch politische Forderungen stellen müssen. Das ist gar keine Frage. Ich finde, dieses „Netzwerk der Wärme“ – ich weiß, andere sehen das anders – ist ein guter Ansatz, um Menschen zu unterstützen und zu beraten. Insofern noch mal vielen Dank für die heutige Anhörung! Wenn Sie noch Erwartungen an uns haben, müssen Sie diese noch mal ganz deutlich äußern. Ein paar Sachen wurden ja schon gesagt, aber vielleicht gibt es noch weitere Erwartungen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann möchte ich jetzt Frau Dr. Kahlefeld das Wort geben.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich kann nahtlos an das anknüpfen, was Elke Breitenbach gesagt hat. Auch ich wollte mich vor allen Dingen bedanken. Ich hatte die Vertreter der Evangelischen und der Katholischen Kirche letzte Woche angeschrieben, weil wir Räume für das Tubman Network brauchen. Das sind die afrikanischen Geflüchteten aus der Ukraine, also sowohl die Studentinnen und Studenten als auch Leute, die mit Arbeitsverträgen dort waren, die hier sehr schwer aufgenommen worden sind und auch wieder ausgegrenzt wurden. Dass man bei Ihnen fragen kann, ob Sie Räumlichkeiten haben – wir suchen natürlich überall, wir suchen auch bei der BIM –, finde ich ganz großartig, und dafür wollte ich mich hier noch mal bedanken, weil das etwas war, das zeitlich ganz nah gewesen ist. Ich habe auch ganz schnell Antworten bekommen, und wir werden das Tubman Network sicher auch irgendwo unterbekommen.

Ein paar Fragen habe ich mir aufgeschrieben, auch wenn es mir nicht ganz leichtfällt, an alle Fragen zu stellen, weil ich mit einigen auch sehr gut im Austausch bin und wieder merke – auch das hat Elke Breitenbach schon gesagt –, der Austausch wäre eigentlich auch mit den anderen Gruppen und Gemeinden, auch mit den kleineren, sehr wichtig, da die auch eine entscheidende Arbeit für die Stadt leisten. Ich habe eine Frage an den Herrn Bischof zum Hausverkauf, weil mir die Hellenische Gemeinde und das Haus aus der vorletzten Legislatur noch recht bekannt sind, weil es damals zur Disposition stand. Wenn Sie noch ein paar Worte dazu sagen könnten, auch zu dem, was in dem Haus stattfindet – das wissen, glaube ich, nicht alle –, dann wird auch noch mal klar, was für eine Bedeutung dieses Haus für die Stadt hat.

Dann hatte ich Kontakt zu ukrainischen Geflüchteten, denen es sehr wichtig war, hier die ukrainisch-orthodoxe Gemeinde zu haben. Könnten Sie vielleicht ein paar Worte zu der Beziehung innerhalb der Orthodoxie sagen?

Eine letzte Frage: Sie hatten angesprochen, dass Sie sich durch Spendengelder finanzieren. Wir haben ja, als die Coronakrise begann, in der letzten Legislatur verschiedene Hilfsprogramme aufgelegt und sind dann als Abgeordnete zum Teil auch losgelaufen und haben Institutionen, unter anderem auch Kirchengemeinden und Moscheegemeinden beraten, Coronahilfen zu beantragen, damit uns diese wichtige Struktur in der Stadt nicht kaputtgeht. Es würde mich interessieren, ob Sie das nutzen konnten oder ob das an Ihnen vorbeigegangen ist – was ich fatal finden würde.

Eine Frage habe ich an Herrn Engelbreth und auch an Kadir Sahin. Sie haben beide den Aspekt der Sichtbarkeit von religiösem Leben in der Stadt angesprochen. Ich denke, wir leben in einer vielfältigen Stadt, und Vielfältigkeit darf sichtbar sein – außer wenn es religiös ist, dann fühlen sich die Berliner ganz schnell genervt. Ich finde, dieses Messen mit zweierlei Maß geht eigentlich nicht, aber ich wüsste gern von Ihnen beiden, ob Sie etwas Bestimmtes im Blick haben oder was Sie sich wünschen würden. Ich finde, wenn Diversität gewünscht ist, dann muss man diese Diversität auch sehen können dürfen, und das muss dann von den anderen auch ertragen werden.

Herr Joffe, ich würde Sie gern danach fragen: Es sind ja relativ viele Geflüchtete auch jüdischen Glaubens. Könnten Sie uns etwas zu der Situation dieser Menschen sagen, auch vor dem Hintergrund der jüdischen Gemeinde hier, zu Sicherheitsschwierigkeiten, zur Raumfrage und so weiter? – Das wäre etwas, was mich interessieren würde.

Ich habe noch eine Frage an den Senat. Das Raumproblem ist angesprochen worden, und wir haben im Koalitionsvertrag ja festgeschrieben, dass wir da, wo neue Quartiere gebaut werden, Räume für die soziale Infrastruktur zur Verfügung stellen, aber auch Räume, die für Religions- oder Weltanschauungsgemeinschaften, die das brauchen, um sich zu treffen, mehrfach genutzt werden können. Wie weit sind wir da eigentlich innerhalb der Koalition? Wir kennen das ja von den Räumen, die es in Flughäfen gibt, die mehrfach genutzt werden können. Ich denke, die meisten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften können mit ihren Zutaten, die Sie brauchen, mit ihren Instrumenten und ihrem Equipment in so einen Raum kommen und den nutzen, aber wie weit sind wir denn? – Das würde mich interessieren.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann ist jetzt Herr Özdemir auf der Redeliste.

Orkan Özdemir (SPD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Ich möchte auch erst mal für unsere Fraktion betonen, dass wir mit all den Gemeinschaften, die da vorne sitzen, und auch mit denen, die nicht da vorne sitzen, in den letzten Jahren eigentlich nur positive Erfahrungen gemacht haben. In der Krise konnten wir uns auf all diese Gemeinschaften verlassen. Dafür möchte ich mich auch von unserer Seite erst mal herzlichst bedanken.

Ich hätte eine Frage an den Vertreter der alevitischen Community. Ich habe vernommen, dass da der Wunsch besteht, alevitischen Religionsunterricht ein bisschen breiter aufzustellen. Können Sie uns dazu noch ein paar Worte sagen, woran es vielleicht oftmals auch scheitert und was Ihrer Meinung nach passieren muss?

Dann habe ich eine Frage, auch wieder im Kontext der Grabstättenproblematik: Es gibt ja Kooperationen wie mit dem neuen Zwölf-Apostel-Kirchhof beispielsweise, mit der Evangelischen Kirche. Gibt es dort Gespräche und Überlegungen, beispielsweise mit der Jüdischen Gemeinde oder den muslimischen Communitys oder natürlich auch mit der alevitischen Community, ob man dort weitere Kooperationen berlinweit eingehen kann?

Dann habe ich noch eine Frage, die sich auf die Kommunikation zwischen den Gemeinschaften, auch im Solidaritätskontext, bezieht. Frau Dr. Kahlefeld hat ja angesprochen, dass es diese Coronamittel gab, die Hilfestellung leisten sollten. Im Zuge dieser Coronamittelanwerbung gab es auch in muslimischen Communitys beziehungsweise Moscheen Durchsuchungen, die offenbar nicht rechtens waren. Wie wurde das in der religiösen Gemeinschaft allgemein aufgenommen? Wurde das miteinander besprochen, und wie hat sich das dargestellt? – Das würde mich auch interessieren.

Des Weiteren – letzte Frage –, auch wieder an alle: die Sicherheitsfrage. Wir beschränken diese Sicherheitsfragen meistens auf die jüdische und auf die alevitische Community, aber die Erfahrung, die wir haben, ist eigentlich, dass mittlerweile allgemein eine hohe Gewaltbereitschaft auch Glaubensgemeinschaften gegenüber existiert. Wie nehmen Sie persönlich als Vertreterinnen und Vertreter – beziehungsweise es sind nur Vertreter hier – der unterschiedlichen Religionsgemeinschaften das selbst wahr?

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann Herr Fresdorf!

Paul Fresdorf (FDP): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! Exzellenz! Sehr geehrte Herren! Vielen Dank für Ihre Zeit, dafür, dass Sie sich die Zeit nehmen, mit uns über dieses wichtige Thema Zustand Ihrer Religionsgemeinschaften und das, was Sie in den letzten Jahren ungetrieben hat, zu sprechen. Ich würde gern noch ein, zwei Sachen mit Ihnen besprechen wollen, die vielleicht ein bisschen in die Zukunft gehen. Das ist zum einen das Thema Energie und Energiekosten, die jetzt ja auf Sie zukommen. Wir wissen alle, wie schwierig das wird, so eine Kirche warm zu bekommen, nicht vom Herzen, sondern von der Temperatur her. Sie engagieren sich ja auch im „Netzwerk der Wärme“, Herr Engelbreth. Da kommen aber auch auf Ihre Einrichtungen, die Sie betreiben, zum Teil große Kosten zu. Wie gut fühlen Sie sich da bis jetzt aufgefangen bei dem Thema, wenn ich mir Ihre Kitas, Ihre Schulen anschau, die Sie betreiben? Das gilt genauso für Herrn Dr. Joffe, der zwei Schulen und Kindergärten betreibt. Da kommen ja ordentlich Kosten auf Sie zu. Wie können Sie das abfedern, was da auf Ihre Gemeinden zukommt? – Das würde mich wirklich sehr interessieren – nicht, dass wir eines Tages hören: Es geht jetzt nur noch Distanzunterricht in den Schulen. – Oder: Wir müssen die Kitas zumachen, weil wir sie nicht mehr heizen können. – Das wäre, glaube ich, hochdramatisch, wenn dem so wäre.

Dann würde ich – Herr Joffe und Herr Sahin haben es angesprochen – das Thema Friedhofsproblematik gern noch etwas erörtert wissen. Wie weit führen Sie da schon Gespräche? Wie können wir als Abgeordnetenhaus Sie dabei unterstützen? Ich habe mit Frau Breitenbach eines gemeinsam: Ich musste dieses Jahr meinen Vater und meinen Schwiegervater beerdigen. Wenn ich mir vorstelle, wir hätten jetzt auch noch Probleme gehabt, einen Ort für diese Bestattungen zu finden – man hat ja genug andere Sorgen in dem Moment –, dann ist diese Vorstellung sehr schrecklich. Wenn ich höre, dass Sie kurz davor sind, Ihren Gemeindemitglie-

dern sagen zu müssen, dass Sie keinen Ort mehr finden, wo diese die letzte Ruhe finden können, dann treibt mich das sehr um. Wie können wir Sie dabei unterstützen, da schnell eine Lösung zu finden? Bitte sagen Sie uns das unbedingt, solche Anhörungen sind auch dafür da, dass Sie Ihre Erwartungen an die Politik äußern können, nicht nur dafür, dass wir Ihnen Fragen stellen, sondern auch dafür, dass Sie ganz klar adressieren können, was Politik für Sie machen kann, wo doch Ihre Gemeinschaften auch viel für die Gesellschaft tun.

Das Thema Sicherheit hat Kollege Juhnke schon angesprochen. – Herr Dr. Joffe! Da würde ich mich auch freuen, wenn Sie noch ein, zwei Worte dazu verlieren könnten.

Dann wurde jetzt schon mehrfach das Thema Sichtbarkeit von Religionen im öffentlichen Leben und gelebte Diversität in der Stadt durch Sichtbarwerden von Glauben angesprochen, und dann gibt es Diskussionen, dass Spruchbänder um Kuppeln wieder verschwinden sollen. Was macht es mit Ihnen, wenn Sie so etwas hören, dass Politik auf einmal sagt: Da gibt es ein Zeichen von Religion in der Stadt, und das soll überstrichen oder überklebt werden oder was auch immer? – Was macht das mit Ihnen, auch wenn es vielleicht eine andere Religionsrichtung betrifft als die Ihre? Was für ein Zeichen wird da aus Ihrer Sicht ausgesandt, wenn Politiker auch auf Bundesebene solche Themen diskutieren? – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Gut! – Dann habe ich jetzt noch zwei Personen auf der Redeliste, als Ersten Herrn Brousek und danach Herrn Dr. Bronson.

Antonin Brousek (AfD): Vielen Dank! – Ich habe mal eine Frage, eigentlich vor allem an die Vertreter der Evangelischen und der Katholischen Kirche. Es gibt ja einen dramatischen und kontinuierlichen Rückgang der Mitgliederzahlen, gerade bei der Katholischen Kirche. Wir wissen alle, womit das auch zusammenhängt, aber glauben Sie vielleicht, dass das Desinteresse und dieser Mitgliederschwund daran liegen, dass die Kirchen nicht als modern genug empfunden werden? Oder glauben Sie, dass das eigentlich vielleicht gerade bei den Protestanten mit der politischen Anbiederung, die zum Teil erfolgt, zusammenhängt, die Gläubige vielleicht als unpassend empfinden?

Die Frage zu Frau Roth und dem Banner wurde mir schon weggenommen, aber ich habe noch eine ganz andere Frage. Es ist ja bei Herrn Vogel sozusagen dieses Übergreifende angeklungen. Ich hatte ja immer so die Vorstellung, dass eigentlich Religionsgemeinschaften seit Jahrtausenden für sich die Wahrheit in Anspruch nehmen. Dafür wurde ja immer auf Konzilen und überall gekämpft. Sie sind ja keine Fußballvereine, wo ich einmal für Freiburg bin oder für Bochum, und es ist ziemlich egal, sondern Sie nehmen doch für sich eigentlich in Anspruch, dass das, was Sie vertreten, das Richtige sein muss. Sonst müsste ich ja zum Beispiel nicht griechisch-orthodox sein, sondern könnte auch armenisch-orthodox sein. Ich habe den Eindruck, dass vielleicht die Marginalisierung des Religionsunterrichts und die Ersetzung durch den Ethikunterricht dazu führen, dass dieser echt religiöse Ansatz eigentlich verschwindet. Mich würde interessieren – an die Vertreter aller Religionsgemeinschaften –, wie Sie dieses sehen, das heißt, die von Ihnen vertretene Wahrheit einerseits – oder ist das beliebig oder einfach unmodern? – und zweitens die Marginalisierung des Religionsunterrichts. – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Herr Dr. Bronson!

Dr. Hugh Bronson (AfD): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Meine Frage geht in eine ähnliche Richtung, und sie geht an Herrn Engelbreth von der Katholischen Kirche und hat mit dem synodalen Weg zu tun. Mein Kollege hat ja von dem Mitgliederschwund gesprochen, unter dem die christlichen Kirchen in Deutschland zu leiden haben. Der ist ganz signifikant. Ich würde gern Ihre Einschätzung wissen, ob Sie den synodalen Weg für eine Möglichkeit halten, diesen Mitgliederschwund in der römisch-katholischen Kirche aufzufangen, oder ob Sie glauben – wie viele andere –, dass dieser synodale Weg vielmehr zu einer Verstärkung der deutlich spürbaren Lagerbildung führt. – Danke!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Jetzt habe ich noch eine Meldung von Herrn Trefzer.

Martin Trefzer (AfD): Vielen Dank! – Ich wollte noch zwei Punkte ergänzen, die noch nicht angesprochen worden sind. Zunächst, Herr Sahin: Ich las, dass es in der Türkei eine Initiative gibt, alevitische Einrichtungen stärker an den Staat anzubinden. Ich glaube, Erdoğan hat vor ein paar Wochen eine Initiative gestartet, ein Präsidium auch alevitischer Kultureinrichtungen zu gründen. Hat das auch Auswirkungen auf Deutschland? Muss man sich das so vorstellen, dass dann auch die alevitische Gemeinde vielleicht analog zu DITIB oder Diyanet irgendwie direkte Verbindungen zum türkischen Staat pflegt, pflegen wird, oder spielt das bei Ihnen keine Rolle? Oder wie sehen Sie diese Initiative? Könnten das zu einer Veränderung auch der Struktur der Alevitischen Gemeinden in Deutschland führen?

Herr Engelbreth hatte das Thema Neutralitätsgesetz in Berlin angesprochen. Sie sagten, Sie wünschen sich, dass religiöse Symbole auch in Berlin gezeigt werden können. Ich habe das jedenfalls als Anspielung auf das Neutralitätsgesetz verstanden, Herr Engelbreth! Mich würde Ihre Position interessieren. Sehen Sie das alle kritisch, oder gibt es unter Ihnen auch Vertreter, die das so, wie das jetzt in Berlin mit dem Neutralitätsgesetz geregelt ist, für richtig halten?

Zu Herrn Joffe: Das Thema Antisemitismus hatten Sie einleitend angesprochen. Vielen Dank dafür! Frau Dr. Kahlefeld hatte auf einen aktuellen Fall hingewiesen. Es gab ja immer wieder die Nähe dieses Antisemitismus zu BDS und Hamas und Israelkritik, die vorgeschoben wird. Es gab diese unglückliche Äußerung auf dieser Konferenz im Haus der Kulturen der Welt im Juni. Jetzt gibt es diesen Fall der Förderung des Rats der Imame in Berlin – das ist auch gerade angesprochen worden –, obwohl doch auch wirklich BDS-nahe Vertreter in diesem Rat sitzen. Da ist auch jemand rausgeworfen worden mit den Worten: „Free Palestine!“ Da wundert es mich schon so ein bisschen, Frau Kahlefeld, Sie fragen da ganz kritisch nach, und Sie kritisieren nicht, dass in diesem Rat der Imame Leute mit einer ganz engen Verbindung zu BDS und Hamas drin sind. Da würde mich schon interessieren, Herr Joffe: Wie sehen Sie diesen Gegensatz? Wie sehen Sie diese Haltung des Berliner Senats an der Stelle? Ist der Berliner Senat da auch gegen diese Spielart des Antisemitismus ganz klar positioniert, oder gibt es da noch Verbesserungspotenzial? – Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Okay. – Wir kommen jetzt zur Antwortrunde. Ich weiß, dass der Senat auch noch mal eine Stellungnahme abgeben möchte, würde aber vor dem Senat kurz Herrn Vogel die Möglichkeit geben, schon mal aus seiner Perspektive zu antworten, weil er um 16.30 Uhr gehen muss und ich gern hätte, dass er auf die Fragen, die an ihn adressiert wurden, antworten kann. Dann würde ich den Senat drannehmen, und dann würde ich rückwärts die restlichen Anzuhörenden aufrufen. – Einfach zur Transparenz! – Herr Vogel! Sie haben das Wort.

Martin Vogel (EKBO): Vielen Dank für die Rückmeldungen und die Fragen! Ich versuche, cursorisch auf einige Dinge einzugehen. Es gab die Frage danach, inwieweit der seelsorgerische Bedarf gestiegen ist und zugenommen hat. Ich will es einmal so bestätigen, dass wir natürlich mit der russischen Invasion in die Ukraine gemerkt haben, dass insbesondere die älteren Gemeindeglieder – man könnte schon fast sagen, bei einzelnen ist so etwas wie eine Retraumatisierung hochgekommen – viele Ängste artikuliert haben und es erheblichen Gesprächsbedarf gegeben hat, weil frühe Kindheitserinnerungen an Kriegserfahrungen einfach wieder sehr präsent waren. Wir erleben im Übrigen auf einer ganz anderen Ebene, dass die Kinder von Angehörigen der Bundeswehr aus der Schule nach Hause kommen und erzählen, dass ein Klassenkamerad gesagt hat: Dein Papa ist doch Soldat, der wird jetzt sterben. – Sie können sich vorstellen, dass es für die Familien und die Kinder schon eine Herausforderung ist, damit umzugehen und sich dazu zu verhalten.

Ich will weiter das mehrfach erwähnte Thema Bestattung kurz aufgreifen. Wir hatten dazu im Mai ein Gespräch mit dem Berliner Senat, bei dem das auch von Senatsseite angesprochen wurde. Es gibt auf evangelischen Friedhöfen seit einigen Jahren sogenannte zum Beispiel muslimische Abteilungen, wo geregelt ist, dass so etwas möglich ist. Wir haben bestätigt, dass wir im Grundsatz auch gern offen sind, darüber bilateral ins Gespräch zu gehen. Ich kann zu den anderen Religionsgemeinschaften gern sagen: Kommen Sie auf uns zu! Wir möchten einfach gern, dass in so einem konkreten Fall dann auch die Gemeinde vor Ort mitgenommen wird und man den Prozess gut gestaltet. Im Prinzip halten wir aber im Einzelfall da einiges für möglich.

Herr Fresdorf! Sie hatten die Energiekosten angesprochen. Tatsächlich – ich habe es ganz kurz am Anfang meines Statements auch erwähnt – machen wir uns schon erhebliche Sorgen, wenn wir in die Zukunft schauen, denn die Kirchengebäude sind aus unserer Sicht überhaupt nicht der Punkt, denn die werden ohnehin nicht hoch geheizt, das wäre auch ein bisschen irre, aber die Gemeindehäuser, die Orte, an denen Seniorentreffs oder die Flüchtlingshilfe stattfinden, die Kitas, die Schulen, da, wo Konfirmandenunterricht stattfindet, all dies sind Räume, die natürlich irgendwie auf eine bestimmte Temperatur klimatisiert werden müssen, und da schauen die Verantwortlichen in den Gemeinden durchaus ängstlich in die Zukunft. Wenn der Berliner Senat im Blick auf das, was an Rettungspaketen geschnürt wird, hier auch einmal überlegen könnte, inwieweit die Religionsgemeinschaften da nicht auch miteingeplant werden so wie Universitäten, Hochschulen et cetera pp. – ich kann es nur sehr empfehlen, weil ein Stück Infrastruktur der sozialen Stadt dadurch auch über Wasser gehalten werden würde.

Das Thema der Sicherheitsfragen nehme ich so wahr: Tatsächlich wird das Klima etwas rauer. Wir machen schon mehr Erfahrungen mit Vandalismus. Die Paul-Gerhardt-Kirche in Berlin ist ein Beispiel dafür. Wir erleben aber auch, dass vor der Gethsemane-Kirche eben doch in etwas rauer und polternder Art in einer Unkultur demonstriert wird, die überhaupt keine Rücksicht darauf nimmt, dass hier ein Kirchengebäude steht, und insofern ist das auch für uns eine Herausforderung. – So weit. Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Vielen Dank! – Ich würde jetzt dem Senator das Wort geben.

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa): Vielen Dank! – Gerry Woop würde noch ein paar Anmerkungen zum Thema Friedhöfe machen, weil uns das in der Tat lange und

intensiv beschäftigt, tatsächlich auch bezogen auf unterschiedlichste Bedürfnisse von Religionsgemeinschaften. Zum einen – weil mehrere hier im Raum auch darauf eingegangen sind –: Man hat natürlich auch Möglichkeiten, auf kurzen Wegen mit Vertreterinnen und Vertretern von Religionsgemeinschaften in unserer Stadt in Kontakt zu kommen. Ich würde da durchaus den interreligiösen Dialog und die Veranstaltungen des interreligiösen Dialogs hier in der Stadt immer wieder in den Vordergrund schieben wollen, auch so was wie die Lange Nacht der Religionen, die Möglichkeiten zur Begegnung ermöglicht. Ich weiß, dass es ansonsten natürlich schwierig ist. Man kann unmöglich bei jeder Gemeinde, bei jeder Religionsgemeinschaft in unserer Stadt gewesen sein. Es ist einfach eine Stadt mit großer Diversität, mit großer Vielfalt, und deswegen gerät das natürlich an Grenzen. Aber, wie gesagt, es gibt die Möglichkeiten, wo viele verschiedene Vertreter von Religionsgemeinschaften miteinander anzutreffen sind, und dazu können wir auch, wenn Sie das wünschen, gern informieren, wenn das mal wieder ansteht.

Der zweite Punkt ist – weil Frau Dr. Kahlefeld darauf eingegangen ist –: Wir haben ja hier während der Coronapandemie explizit für kleinere Religionsgemeinschaften tatsächlich auch Unterstützung geleistet, damit sie in dieser Coronapandemie in der Lage sind, Räumlichkeiten weiter zu halten, weil die Spendenmöglichkeiten eingeschränkt waren et cetera pp. Das ist sehr gut angenommen worden. Natürlich muss man unter besonders kritischen Bedingungen auch in der Zukunft gucken, ob man solche Unterstützungsprogramme dann gegebenenfalls wieder auflegen muss. Was wir nicht gemacht haben, ist das Ganze für den sozialen Bereich, weil wir ja – das ist jetzt auch Gegenstand der aktuellen Diskussion um den Nachtragshaushalt – trotz alledem noch in unseren Ressortverantwortlichkeiten bleiben. Das heißt also, wenn zum Beispiel Einrichtungen der jüdischen Gemeinde oder Einrichtungen des Erzbistums oder Einrichtungen der Evangelischen Kirche im Rahmen der Sozialarbeit Zuwendungsempfängerinnen und Zuwendungsempfänger sind und zusätzliche Unterstützung brauchen, um über diesen Winter oder auch über den nächsten Sommer und Herbst und wiederum Winter zu kommen, dann werden wir das über die Ressortzuständigkeiten in den jeweiligen Bereichen abbilden. Dasselbe gilt für Schule. Also wenn dort zusätzliche Unterstützung erforderlich ist, dann wird die dort erfolgen. Wir haben uns bei Corona tatsächlich auf den unmittelbaren Aspekt der Religionsausübung konzentriert und nicht alle damit verbundenen sonstigen gesellschaftlichen Aktivitäten – die ja zahlreich sind, das wissen wir – auch noch mit adressiert, denn das wäre dann auch in gewisser Weise eine Doppelstruktur, da gerade im freigemeinnützigen Bereich natürlich viele freie Träger unterwegs sind, die zum Teil weltanschaulich gebunden sind, die zum Teil religiös orientiert sind, die zum Teil aber auch einfach nur Träger der sozialen Arbeit sind, ohne dass sich das mit irgendeinem dieser Ansprüche verbindet.

Zur Unterstützung in schwierigen Situationen in der Stadt – Stichwort: Umgang mit Geflüchteten; das war 2015 ein zentraler Aspekt, ist auch danach wieder ein zentraler Aspekt gewesen, und ist aktuell wieder ein zentraler Aspekt –, aber auch mit den sozialen Herausforderungen in der Stadt, kann man klipp und klar sagen: Ohne die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften in unserer Stadt wären wir bei der Lösung dieser Probleme aufgeschmissen. Da wird eine unfassbar wichtige Arbeit geleistet, und zwar quer über alle hinweg, und ich kann an der Stelle nur sagen: Ich bin da jedes Mal wieder aufs Tiefste dankbar, dass das so ist. Zum „Netzwerk der Wärme“ hat Elke Breitenbach ja schon etwas gesagt. Ich finde es einfach toll, wie dieses Engagement erfolgt. Trotzdem, glaube ich, löst es manches Problem nicht, das durch die Politik gelöst werden müsste. Wenn wir uns beispielsweise die derzeitige absolute

Überbelegung der Berliner Tafel mit Kundinnen und Kunden anschauen: Das ist einfach auf Dauer nicht freigemeinnützig oder durch soziales und ehrenamtliches Engagement zu lösen, sondern das braucht politische Antworten. Trotzdem kann man nur sagen: Danke, dass Sie uns da unterstützen!

Dann zum Thema Räume in Stadtquartieren, Frau Kahlefeld! Das ist ein spannendes Thema. Ich versuche immer, und zwar nicht nur mit Blick auf die Religionsausübung, sondern auch mit Blick auf die Kultur, gegenüber der planenden Verwaltung deutlich zu machen, dass wir möglichst mit flexiblen und unterschiedlichsten Raummodellen in solche Planungsprozesse gehen, denn die Bedürfnisse sind ja verschiedenartig und nicht auf die Religionsausübung beschränkt. Die Planung selbst läuft dann Quartier für Quartier, und da können wir nur anmelden und versuchen, darauf zu drängen, dass das berücksichtigt wird, aber ich würde unbedingt empfehlen, dass das auch im zuständigen Ausschuss mal thematisiert wird. Wir haben jetzt beispielsweise mit Blick auf den Molkenmarkt ja durchaus kulturelle Bedürfnisse angemeldet und gefragt: Inwieweit werden die da berücksichtigt? – Da sind wir dann diejenigen, die da Impulse reingeben, aber wir sind nicht diejenigen, die in dem Planungsprozess unmittelbar am Tisch sitzen. Da freue ich mich über jede Unterstützung auch seitens des Abgeordnetenhauses.

Der fünfte Punkt: Antisemitismus – weil Herr Dr. Joffe das angesprochen hat. Wir kümmern uns als Kulturverwaltung um die religiösen Belange der Berlinerinnen und Berliner und helfen dort, wo es staatliche Unterstützung braucht. – Zum Stichwort Friedhöfe wird Gerry Woop gleich noch etwas sagen. – Die Religionsgemeinschaften tun das in unterschiedlicher Weise im Übrigen durchaus auch selbst. Ich weiß zum Beispiel, dass sich Herr Streich, der frühere Vorsitzende des Diözesanrats im Erzbistum, als Antisemitismusbeauftragter da sehr engagiert. Ich weiß, dass Bischof Stäblein einen hohen persönlichen Einsatz an den Tag legt, dass der Kampf gegen Antisemitismus in der Gesellschaft, natürlich auch mit Blick auf das jeweils eigene Erbe der Religionsgemeinschaften, in vernünftiger Weise auch im religiösen Geschehen eine Rolle spielt. Dafür bin ich total dankbar.

Ich würde mir wünschen, dass das auch in anderen Religionsgemeinschaften einen stärkeren Stellenwert erfährt. Beim interreligiösen Dialog ist aus meiner Sicht wichtig, dass solche Fragen, die Zeitfragen, Gegenwartsfragen sind, dort ein Thema sind. Deswegen wiederhole ich es an dieser Stelle: Das ist unter anderem der Grund, warum wir solche Projekte unterstützen.

Weil hier schon wieder Suggestivfragen gestellt werden, sage ich es an dieser Stelle noch mal ganz deutlich: Akteure, die im Verfassungsschutzbericht erwähnt werden, werden wir nicht fördern. Das ist ganz klar und eindeutig so. Ich will das an dieser Stelle einfach noch mal festhalten. Wenn ich mich gegen Antisemitismus engagiere, dann tue ich es nicht als für die Religionsgemeinschaften zuständiger Senator, sondern als Bürger der Stadt Berlin, und ich wünsche mir, dass es jede andere Bürgerin und jeder andere Bürger ebenfalls als seinen individuellen Impetus begreift, an dieser Stelle etwas zu tun. Wir sind natürlich im engen Kontakt mit Samuel Salzborn, und ich bin auch permanent in einem persönlichen, engen und freundschaftlichen Kontakt mit Sigmund Königsberg, dem Antisemitismusbeauftragten der Jüdischen Gemeinde. Natürlich hat Herr Joffe völlig recht: Die Unterstützung, die Sichtbarmachung jüdischen Lebens in Berlin ist etwas, wo wir unmittelbar etwas dafür tun können, dass deutlich gemacht wird: Wir sind als Politik, als Stadtgesellschaft nicht bereit, Antisemitismus hinzunehmen und zu akzeptieren, sondern stellen uns dem entgegen. Das muss gesamtgesellschaftliche Herausforderung bleiben. Dahinter kann man nur drei Ausrufezeichen machen. Das werden wir auch weiter mit aller Ernsthaftigkeit betreiben.

Was wir als für Religionsgemeinschaften zuständige Verwaltung nicht können, ist, von jedem Mitglied einer Religionsgemeinschaft, das irgendwo und sei es entfernt, an Dialogen und interreligiösen Dialogen teilnimmt oder bei solchen Projekten auftaucht, ein polizeiliches Führungszeugnis vorlegen oder vorher einen Test absolvieren zu lassen, welche Haltungen dahintersteckt. Wenn uns solche Haltungen bekannt werden, dann müssen wir uns damit auseinandersetzen, und dann werden wir uns damit auseinandersetzen. Das halte ich für eine absolute Notwendigkeit und eine absolute Selbstverständlichkeit. – Jetzt bitte ich Herrn Woop, noch mal zur Thematik der Friedhöfe etwas zu sagen, weil das ein Thema ist, das uns länger bewegt.

Staatssekretär Gerry Woop (SenKultEuropa): Zum Thema Friedhöfe: Wir sind mit der zuständigen Umweltverwaltung in einem sehr engen Kontakt und haben in den letzten Monaten die Gespräche insbesondere mit Blick auf den Friedhof in der Heerstraße und die Bedürfnisse der Jüdischen Gemeinde zu Berlin dort vertieft. Es gibt dort Prüfungen verschiedenster Art, die dieses Gebiet dort erfasst haben, was die räumliche Ausdehnung, die Möglichkeiten zur Ausweitung des Friedhofes angeht. Auch Stichworte wie Wasserschutz tauchen dann auf, die Baumbepflanzungen, die dort eine Rolle spielen und was dort an Friedhofsbedarfen mit dem Bestand an Bepflanzungen konfrontiert ist. Das ist immer sehr konkret und muss noch weiter vertieft werden. Es gibt dort aus meiner Sicht Optionen, es dort etwas auszuweiten. Die Frage ist, wie weit und wie viele Jahre es dann reicht. Das ist der zentrale Punkt. Was macht man dann im zweiten Schritt? Wir müssen diesen einen Schritt jetzt unmittelbar gehen. Das habe ich im Gespräch mit den Verwaltungen, die involviert sind, persönlich übernommen, dass wir da vorankommen und jetzt kein Verwaltungsspingpong haben, sondern dass wir in dieser Frage, weil der Bedarf schon im nächsten Jahr akut wird, schneller vorankommen und daher die Gespräche konkret und intensiver führen.

Was die Friedhofsbedingungen anderer religiöser Gemeinschaften angeht, ist es so, dass wir teilweise mit dem Islamforum eine Plattform haben, wo das thematisiert wird, die Bedarfe angezeigt werden, wo wir gern koordinierend tätig sind und wir über Angebote sehr froh sind. Das ist meistens der Friedhofsverband Mitte oder die EKBO als solche, wo sich Optionen und Kooperationsformen ergeben. Wir haben dann noch die Rahmenregelungen auf der rechtlichen Seite, die die Rituale unmittelbar im Zusammenhang mit der Bestattung angehen. Dort ist die Justizverwaltung aktuell an der Veränderung von ein, zwei Aspekten im Bestattungswesen dran. Auch das wird im Islamforum thematisiert, dann mit den Verwaltungen besprochen und umgesetzt. Wenn es um die Flächen selbst geht, ist das in der Tat eine Herausforderung für die Friedhofsplanung. Da bedarf es noch zusätzlicher Anstrengungen in dieser Legislaturperiode.

Wir haben das auf dem Schirm, bringen uns dort ein, und primär sind wir in diesem Jahr mit der Frage Heerstraße befasst und hoffen, dass wir dort zu einer Lösung und in der Perspektive zu einer Ausdehnung kommen.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann würde ich jetzt zu den Anzuhörenden zurückgehen. – Herr Sahin!

Kadir Sahin (Alevitische Gemeinde zu Berlin e. V.): Ich versuche, alle Punkte der Reihenfolge nach zu beantworten. Zunächst zur Frage der Seelsorge. Wir haben einmal professionelle Strukturen. Wir haben Personen, die ausgebildet werden, um Seelsorge für Gefängnisinsassen und -insassen zu leisten. Das ist ein wichtiger Punkt, der sehr offen angenommen wird. Darüber hinaus haben wir in der Coronapandemie, und insbesondere jetzt aufgrund dieser Unsicherheiten, der hohen Inflation und der erhöhten Energiepreise immer mehr Anfragen von Mitgliedern, und diese Anfragen werden jetzt von unseren Geistlichen gedeckt. Die übernehmen diese Rolle, machen das ehrenamtlich und auch gut, aber nichtsdestotrotz brauchen wir hier den Bezug zum Lehrstuhl, Geistliche, die diesbezüglich vorbereitet sind und dazu eine Ausbildung genossen haben.

Zu dem Punkt, wie konkret Sichtbarkeit im öffentlichen Raum aussehen kann: Das könnten temporäre Ausstellungen im Museum sein, das könnte ein gemeinsames Denkmal sein, das unsere gemeinsamen Werte widerspiegelt, zum Beispiel durch genuin alevitische Symbole, aber die auch für unsere Werte stehen. Ich glaube, da gibt es viele Schnittpunkte wie Gleichberechtigung von Mann und Frau, sozialer Ausgleich, der für uns auch ganz wichtig ist. An solchen Aspekten könnten wir als Gemeinschaft, als Gesellschaft einen gemeinsamen Nenner finden.

Zum Religionsunterricht: Ein Problem des Religionsunterrichtes ist, dass wir Aleviten Personen mit potenzieller Rassismuserfahrung sind, aber wir sind zwei Formen von Diskriminierung ausgesetzt, einmal einer Diskriminierung, die von der Mehrheitsgesellschaft ausgeht, aber auf der anderen Seite auch einer Diskriminierung, die von anderen muslimischen Gruppierungen ausgeht. Wenn alevitische Kinder im Ramadan nicht fasten, gibt es oftmals Konflikte: Warum fastest du nicht im Ramadan? Warum besuchst du keine Moschee? – All diese Aspekte kommen vor. Aus diesem Grund gibt es eine Ausgrenzung durch die Mehrheitsgesellschaft. Manchmal wird den Schülerinnen und Schülern und den Eltern von Lehrerinnen und Lehrern oder den Schulleitungen zu verstehen gegeben, dass man es eigentlich nicht allzu gern sieht, obwohl das ein Recht ist. Auf der anderen Seite haben sie aber auch Angst, von

Mitschülerinnen und Mitschülern ausgegrenzt zu werden. Das sind Baustellen, an denen man arbeiten und wo man mehr Diversitätsarbeit an den Schulen leisten muss, um dort eine Sensibilisierung für Rassismus und Diskriminierung zu schaffen.

Zu dem Punkt: Wie stehen wir zur Sicherheit? – Weil wir, wie gesagt, nur diese eine große Räumlichkeit in Berlin haben, müssen wir unsere Gemeinde multifunktional nutzen. Wenn es Podiumsdiskussionen mit politischen Inhalten sind, beauftragen wir eine Sicherheitsfirma, denn es gibt immer wieder in anderen Teilen Deutschlands, unsere Gemeinde hat das bisher noch nicht erlebt, Übergriffe. Die Wände werden mit einem roten Kreuz markiert – das ist ein Hinweis dafür, dass man dort irgendwann ein Pogrom oder ein Massaker verüben sollte –, oder Scheiben wurden eingeschlagen, aber momentan haben wir persönlich keine größeren Probleme.

Zur Energiefrage: Wir haben zum Glück im Rahmen des Green Deals 2017 Projektgelder bekommen und konnten eine energetische Sanierung durchführen. Dementsprechend sind wir diesbezüglich ganz gut aufgestellt, aber nichtsdestotrotz müssen wir auch unsere Heizungen zukunftsfähig machen und weiter sanieren. Ich glaube, es wäre gut, wenn die Politik dort mitwirkt und versucht, uns stärker zu unterstützen, damit man diese Sanierung auch zeitnah durchführen kann.

Zu den Friedhofsflächen gab es die Frage, ob es konkrete Anfragen gibt. Wie schon gesagt, es gibt ein bestehendes Gräberfeld auf dem St. Thomas-Friedhof in Neukölln. Da neigen sich die Kapazitäten dem Ende zu. Momentan haben wir eine Anfrage an das Bezirksamt Spandau geschickt, weil wir dem Friedhofsentwicklungsplan entnehmen konnten, dass auf dem Friedhof in den Kisseln noch freie Flächen vorhanden sind. Dort könnten wir uns das gut vorstellen, denn viele Mitglieder, die in Spandau oder in Falkensee wohnen, sind auf uns zugekommen und haben gesagt, dass Neukölln für sie sehr weit weg ist. Darum wäre es wichtig, dass wir in dieser Region noch weitere Gräberflächen bekommen, und dann, wenn wir dann Körperschaft geworden sind, perspektivisch auch die Betreibung eines eigenen Friedhofes.

Zu dem Punkt, ob wir Gefahr laufen, dass der türkische Staat ähnlich wie die DITIB auf uns Einfluss nimmt: Das hatte ich eigentlich schon erklärt. Das Alevitentum stand eigentlich immer oppositionell zu den Machthabenden in der Türkei. Es steht gar nicht zur Debatte, dass wir in irgendeiner Art und Weise unter den Einfluss der türkischen Regierung geraten können. Zunächst einmal hat man im Osmanischen Reich und in der frühen türkischen Republik versucht, Aleviten zu ermorden. Später hat man angefangen, sie zu assimilieren. Man versucht, sie zu assimilieren, aus ihnen Sunniten zu machen, zum Beispiel durch einen zwanghaften Religionsunterricht. Diese Versuche gab es natürlich auch in Deutschland, indem man versucht hat, Parallelstrukturen aufzubauen, die zum Beispiel zum Cem Vakfi gehören. Aber hier in Deutschland haben wir sehr starke Strukturen. Wir haben über 148 Verbände, die in unserem Dachverband organisiert sind, und wir haben eine klare Linie: Unabhängigkeit vom türkischen Staat. Wir sind hier in Deutschland verhaftet, wir sind Teil der deutschen Gesellschaft, und wir wollen dementsprechend hier mitwirken, unabhängig von der türkischen Regierung. Das will ich an der Stelle noch mal klipp und klar sagen und unterstreichen. Auch wir setzen uns dafür ein, dass religiöse Gruppierungen auch als solche überall sichtbar werden, überall als solche sprechen können, aber unabhängig von irgendwelchen externen Mächten oder ausländischen Kräften. Darum muss dieses Haus hier in Berlin und allgemein müssen wir für diese religiösen Gruppierungen die Rahmenbedingungen schaffen, damit sie sich hier

entfalten können, damit sie sich hier entwickeln können und nicht in irgendeiner Art und Weise diesem Sog von ausländischen Geldquellen, ausländischen Kräften ausgesetzt sind. Daher glaube ich, dass der beste Kampf gegen diese externen Kräfte die Förderung hiesiger Strukturen ist. – Ich glaube, damit habe ich alle Fragen beantwortet. Wenn nicht, dann können Sie ruhig noch mal nachfragen. Danke schön!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Herr Dr. Joffe!

Dr. Gideon Joffe (Vorsitzender der Jüdischen Gemeinde zu Berlin): Ebenfalls in chronologischer Reihenfolge werde ich mich bemühen, die Fragen zu beantworten. Danke für die gestellten Fragen!

Dr. Juhnke! Zur Frage in Bezug auf die Sicherheit, ob es in letzter Zeit mit dem Antisemitismus besser geworden ist: Leider nein. Wenn man einigermaßen regelmäßig und aufmerksam die Zeitungen oder die Berichterstattung generell in verschiedenen Medien verfolgt, sieht man, dass der Antisemitismus in Europa in den letzten Jahren zugenommen hat und seit der Coronakrise noch viel stärker geworden ist. Teilweise werden Zahlen genannt, dass er sich in bestimmten Bereichen verdoppelt hätte. Insofern ist es mehr als angebracht, die Sicherheit der jüdischen Einrichtungen zu erhöhen. Ich will es mal an einem Beispiel deutlich machen: Wenn eine muslimische Frau ein Kopftuch trägt, und jemand reißt ihr dieses Kopftuch vom Kopf, ist es für mich ein Unmensch, eine absolut unmenschliche Handlung. Wenn jemand eine Kippa trägt, und jemand reißt einem Juden die Kippa vom Kopf, ist das genauso eine unmenschliche Handlung. – Aber ich habe in meinem Leben, und ich lebe hier schon seit fast 50 Jahren, geboren bin ich in Israel, noch nie gehört, dass ein Muslim oder Alevit eine Schule verlassen musste, weil er wegen seines Glaubens Repressionen ausgesetzt war. Insofern muss man definitiv etwas im Kampf gegen Diskriminierung der Religion tun, aber glücklicherweise ist es so, dass noch nie in den Medien geschrieben stand, dass Muslime oder Aleviten – ich sage jetzt bewusst Muslime oder Aleviten, weil ich mitbekommen habe, dass manche Aleviten sich nicht unbedingt als Muslime – Sie glauben an den Islam, sehen sich aber nicht als Muslime. Insofern unterscheide ich bei dieser Gruppierung. So etwas ist noch nicht passiert. Ich habe es nicht mitbekommen, und ich habe auch in meinem Umfeld nachgefragt, sowohl im jüdischen Umfeld also auch nichtjüdischen Umfeld. Keiner kennt einen Fall in ganz Deutschland, nicht nur in Berlin, sondern in ganz Deutschland. Insofern möchte ich betonen, dass die – Aber wie gesagt, Hunderte Fälle kennt man aus Berlin oder aus Deutschland in Bezug auf die jüdische Gemeinschaft. Insofern will ich vorsichtig darauf hinweisen, dass man Sicherheit der Religionsgemeinschaften nicht pauschal über einen Kamm scheren darf, denn es gibt noch erhebliche Unterschiede. Glücklicherweise ist sich das Land Berlin bestimmter Unterschiede bewusst, denn ich denke, die Generalstaatsanwaltschaft war die Erste, Frau Koppers, die einen Antisemitismusbeauftragten in ihrer Behörde eingeführt hat, gefolgt von der Polizei, gefolgt vom Land Berlin, womöglich sogar parallel zum Land Berlin. Die ersten Bezirke, beispielsweise Lichtenberg, haben ebenfalls Antisemitismusbeauftragte eingeführt. Ich bin sogar fast der Meinung, dass es fast schon zu viel des Guten ist, denn ich denke, man muss sich mit Antisemitismus auseinandersetzen, aber es ist viel wichtiger, dass man den Menschen beibringt, dass es unabhängig ist, ob einer jüdisch ist, schwul, trans, muslimisch, ich weiß nicht, was: Es ist ein Mensch, tue ihm keine Gewalt an! – Mit diesen einzelnen Programmen, spezifiziert auf verschiedene, ich nenne es mal, Opfergruppen überfordert man, glaube ich, die Masse der Gesellschaft. Es wäre meiner Meinung nach viel einfacher, den Menschen beizubringen: Es sind alles Menschen, und egal, was ein Mensch in Bezug auf den

Lebensstil von sich gibt: Tue ihm keine Gewalt an! – Das ist die einzige und zentrale Botschaft, die vermittelt werden muss. Ich erwarte nicht, dass man ein großer Sympathisant von den Inhalten des Judentums wird. Ich erwarte es übrigens auch nicht in Bezug auf kirchliche Inhalte oder auf sexuelle Lebensweisen, was sich aber definitiv von jedem Menschen erwarte, ist, dass er einen Menschen menschlich behandelt, und dazu gehört immer die Gewaltlosigkeit.

In Bezug auf die Zusammenarbeit mit dem Land Berlin, Herr Dr. Juhnke, weil ich davon gesprochen habe, dass sich die Sicherheit der Gemeinde verbessert hat: Das liegt daran, dass die aktuellen Akteure dankenswerter Weise durchgeboxt haben, dass sich das Sicherheitsbudget der Gemeinde erhöht hat und einige Neuerungen in bestimmten Bereichen ebenfalls stattfinden, auf die wir jahrelang gewartet haben, aufgrund der allgemeinen Verunsicherung, wie zum Beispiel in Halle. Insofern sind wir auf einem guten Weg. Natürlich wünschen wir uns noch viel mehr, vor allen Dingen, dass das Sicherheitsbudget ausgeglichen ist. Wir müssen immer noch 10 Prozent, 15 Prozent jährlich von den Sicherheitskosten selbst übernehmen, wenn man diesen Terminus benutzen möchte, obwohl wir der festen Überzeugung sind, dass die Sicherheit der Jüdischen Gemeinde eine Aufgabe des Landes Berlin ist, denn ein Opfer sollte sich nicht so intensiv selbst um die eigene Sicherheit kümmern müssen, sondern das ist die ureigenste Aufgabe vom Staat, aber wir sind auf einem guten, wenn nicht sogar sehr guten Weg. Deswegen habe ich vorhin angedeutet, dass sich die Situation in Bezug auf die Sicherheit verbessert hat.

In Bezug auf Flüchtlinge aus der Ukraine wird geschätzt, dass circa 5 000 bis 6 000 Anspruchsberechtigte, das sind nicht nur Juden, sondern auch Personen jüdischer Abstammung, nach Deutschland eingewandert sind. In Berlin sind davon um die 1 000 angekommen. Die werden von der Jüdischen Gemeinde zu Berlin und einer Untergruppierung einer jüdischen Gemeinschaft in Berlin ebenfalls unterstützt. Was heißt unterstützt? – Man hat natürlich mithilfe und Unterstützung des Landes Berlin für Unterkunft und Ernährung gesorgt, dafür gesorgt, dass sie in den Kindergärten und Schulen der Jüdischen Gemeinde zu Berlin unterkommen, und wir sind dabei, Integrationsarbeit zu leisten, soweit wir darin Erfahrung haben. Ich bilde mir ein, die Jüdische Gemeinde hat in dieser Hinsicht in den letzten Jahren gute Arbeit geleistet, denn wir waren schon mal als Institution Anfang der Neunzigerjahre mit einer Situation konfrontiert, dass Gemeindemitglieder oder potenzielle Gemeindemitglieder aus allen Bereichen der Sowjetunion nach Berlin, nach Deutschland gekommen sind, die sogenannten Kontingentflüchtlinge. Spätestens die Kinder sind wunderbar integriert, auch dank der Jüdischen Gemeinde zu Berlin.

Natürlich ist das mit immenssem Aufwand verbunden, auch mit den von Herrn Fresdorf angesprochenen Energiekosten, die massiv zugenommen haben. Wir sind einer derjenigen, die, wie alle Akteure im Land Berlin, darunter zu leiden haben. Wir hoffen natürlich sehr, und sind auch zuversichtlich, dass das Wetter dieses Jahr ein wenig besser mitspielt, es scheint zur Zeit so auszusehen, und dass man gemeinsam mit dem Land Berlin als Partner der Jüdischen Gemeinde zu Berlin eine Lösung wird finden können.

In Bezug auf die Friedhofsproblematik möchte ich erwähnen, dass wir mit dem genannten Friedhof in der Heerstraße als Erweiterung für die aktuellen Gemeindemitglieder profitieren. Die Jüdische Gemeinde zu Berlin, die Vorväter, die Akteure vor dem Zweiten Weltkrieg oder sogar noch im letzten Jahrhundert, haben dafür gesorgt, dass die Jüdische Gemeinde zu Berlin

in Pankow, in Weißensee, eine Friedhofsfläche von circa 100 Hektar erwerben konnte. Die Jüdische Gemeinde zu Berlin war vor dem Zweiten Weltkrieg im Besitz von 100 Hektar Friedhofsfläche. Von diesen sind heute circa 40 Prozent auf dem Friedhof Weißensee genutzt. Die anderen knapp 60 Hektar sind heute, sagen wir mal, glücklicherweise mit Leben gefüllt. Auf ihnen stehen die ganzen Mietshäuser, Schulen und Sportstätten. Sie sind nicht mehr, großteils zumindest, für die Jüdische Gemeinde zu nutzen. Wir würden uns freuen, wenn die Kirchen uns dabei unterstützen würden, zusätzliche Flächen für zukünftige Generationen zu finden. Wir denken, es ist moralisch richtig, den aktuellen Mitgliedern der Gemeinde die Möglichkeit zu bieten, neben ihren Eltern oder auf dem Friedhof begraben zu werden, auf dem auch ihre Eltern liegen, nachdem diese wiederum nicht die Möglichkeit hatten, mit ihren Eltern zusammenzuliegen. Deswegen setzen wir uns so sehr für eine Erweiterung ein. Vielen Dank für die positiven Nachrichten, Herr Staatssekretär Woop, dass es da anscheinend schon konkretere Lösungsansätze gibt! Wie gesagt, wir denken, es ist moralisch richtig und gut, auf dem bestehenden Platz in der Heerstraße für eine Erweiterung zu sorgen, damit Familien in der Ewigkeit zusammengeführt werden und nicht irgendwo außerhalb.

In Bezug auf die Wahrheit der Religion: Für mich persönlich ist das Judentum die allerbeste Religion der Welt, aber ich bin Herrn Engelbreth absolut nicht böse, wenn er der Meinung ist, der Katholizismus ist die beste Religion der Welt, Herrn Vogel oder Herrn Sahin oder Herrn Bischof von Christoupolis. Ich würde nur um eines bitten: Lassen Sie mir meine Überzeugung. Ich habe kein Problem damit, Ihnen Ihre Überzeugung zu lassen. Wenn man es auf dieser Basis schafft, miteinander zurechtzukommen und zusammenzuleben, dann ist die Gesellschaft ein erhebliches Stück weitergekommen.

Tut das Land Berlin genug gegen BDS? – Wissen Sie, nicht alles, was Sie sagen, mag falsch sein, aber die Tatsache, dass Sie zu wenig Lösungsvorschläge für gewisse Problematiken in der Gesellschaft anbieten, macht es schwer, mit Ihnen in einen Kontakt treten zu können. Die Zeit von Blut und Boden, blond und blauäugig ist glücklicherweise vorbei, und sie wird nicht wiederkommen, aber gegen gewisse Aspekte, gegen gewisse aktuelle Entwicklungen in der Gesellschaft, scheinen Sie etwas zu haben, vielleicht manchmal sogar zu Recht, weiß ich nicht, aber wenn man nur meckert und sich nicht um Lösungen bemüht, bringt es noch nichts. Die alten Lösungsvorschläge wollen wir doch in der heutigen Zeit nicht wirklich wahrhaben. Insofern kann ich auf Ihre Frage, ob Berlin aktuell genug gegen BDS tut, sagen: Ja, vor allen Dingen in Form von Senator Lederer, denn so intensiv, wie sich Senator Lederer gegen BDS wendet und ausspricht – Es ist fast eine Ironie der Geschichte, dass die Partei, die Gott nicht unbedingt im Parteiprogramm hat, mit die stärkste Partei ist, die sich gegen Antisemitismus und vor allen Dingen BDS ausspricht. Soweit wir mitbekommen haben, haben die meisten Abgeordneten des Landes Berlin das Herz am rechten Fleck, sind überzeugt, dass etwas getan werden muss gegen Antisemitismus, gegen BDS, und die Frage ist nur: Welcher Weg ist der Beste?

Vorsitzende Laura Neugebauer: Herr Engelbreth! Sie wurden ja schon genannt. Dann können Sie jetzt gleich anschließen.

Gregor Engelbreth (Leiter des Katholischen Büros Berlin-Brandenburg): Vielen Dank für die Rückmeldungen des Danks, und vielen Dank für die konkreten Fragen, die zeigen, dass Sie bei den Anliegen, die Kirchen haben können, mitdenken! Ich will auch versuchen, in der Reihenfolge zu antworten und hoffe, nichts zu übersehen.

Herr Dr. Juhnke! Sie hatten nach dem Gemeindeleben gefragt. Da macht es natürlich einen großen Unterschied, über welche Gruppe wir reden. Für eine Jugendgruppe zwischen 15 und 18 Jahren zum Beispiel, macht es einen großen Unterschied, wenn so etwas ein halbes Jahr nicht stattfinden kann, denn dann suchen sich die Leute etwas anderes. Da haben wir tatsächlich in vielen Bereichen ein Wegbrechen von Strukturen erlebt, obwohl diese Altersgruppe sicherlich sehr affin ist, was Technik angeht, aber die persönliche Begegnung ist dann doch nicht so schnell zu ersetzen.

Das Gleiche betrifft Menschen am anderen Ende der Altersstruktur. Sie können bei Senioren, auch wenn von denen inzwischen auch viele durchaus mit Handy, Zoom und was auch immer umgehen können, ganz schlecht die persönliche Begegnung durch Internet oder durch eine Zoom-Konferenz ersetzen. Wir haben also in beiden Bereichen große Abbrüche, insbesondere bei den älteren Menschen, das ist schon erwähnt worden, so etwas wie ein Flashback auf eigene Kriegserfahrung oder zumindest durch eigene Eltern sehr nah erlebte Erlebnisse, die dazu führen, dass die Sorgen besonders groß sind zu einer Zeit, wo es den Kirchen besonders schwerfällt zu helfen.

Ich kann mal zu der anderen Frage springen: Dass staatliche oder gesellschaftliche Institutionen bei uns infrage gestellt werden, erlebe ich bei uns eher selten. Im Augenblick ist in der Katholischen Kirche in der Diskussion, Sie hatten es am Schluss mit Fragen angesprochen: Es gibt im Augenblick den Synodalen Weg. Da will ich mich Dr. Joffe anschließen. Religionsgemeinschaften haben möglicherweise die Idee, dass sie die Wahrheit für sich gepachtet haben, aber die Wahrheit muss natürlich immer wieder neu interpretiert werden, und die wird im 11. Jahrhundert anders als im 21. Jahrhundert interpretiert. Sie können berechtigterweise hoffen, dass das so ist. Das ist in gesellschaftlichen Prozessen nicht anders. Auch Partizipation hätten Sie vermutlich vor 25 Jahren ganz anders ausdekliniert, auch im gesellschaftlich-politischen Bereich, als Sie das heute tun, und bei anderen Fragen auch. Wir im katholischen Bereich haben mit dem Zweiten Vatikanum eine große Reformdiskussion gehabt, aber das ist inzwischen 80 Jahre her, sodass man sich jetzt mit dem Synodalen Weg, angefangen in Deutschland, inzwischen allerdings auch weltweit, neu die Frage stellt: Wie soll Kirche ausgestaltet werden, sodass Menschen, die nicht geweiht sind, auch angemessen daran teilnehmen? – Da stellt sich auch die Frage der Beteiligung von Frauen in der Katholischen Kirche. Das sind alles Fragen, die im Augenblick in der Diskussion sind. Es gibt Menschen, denen ist es zu spät, denen geht es zu langsam. Es gibt Menschen, denen geht es zu weit und zu schnell. Es ist, denke ich, in allen Institutionen, die mehr als 1 Milliarde Mitglieder haben, nicht ganz leicht, es allen recht zu machen. Die Diskussion ist schwierig. Sie ist auch extrem anstrengend, weil es in einer aus Traditionen bestehenden Kirche wie der unseren viele Verletzungen gibt, aber wir führen diese Diskussion. Wir führen sie zu Recht, und wir werden sie gründlich führen und hoffentlich mit einem guten Ergebnis.

Es gibt Austritte aus der Katholischen Kirche, das ist kein Geheimnis. Im letzten Jahr sind in Berlin ungefähr 2,5 Prozent der Mitglieder ausgetreten. Es gibt einen Mitgliederrückgang, auch durch den demographischen Wandel, und, das muss man auch sagen, es gibt natürlich, was die Finanzen angeht, ein anderes Problem, dass durch die demographische Struktur – – Das Erzbistum lebt im Wesentlichen aus der Kirchensteuer, das heißt, den Mitgliedsbeiträgen seiner Mitglieder. Die ist an die Einkommensteuer gekoppelt. Das führt dazu, dass die Leute, die in Rente gehen, auch wenn sie erfreulicherweise noch 20 oder 25 Jahre leben, deutlich weniger oder gar keine Einkommensteuer und damit auch deutlich weniger oder gar keine

Kirchensteuer bezahlen, aber noch, als Rentner vielleicht besonders intensiv, kirchliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen, ohne die Beiträge dafür zu erbringen. Das heißt, wir haben tatsächlich, zumindest in unserer Kirche, und ich denke, das betrifft auch die anderen kirchensteuererhebenden Kirchen, ein finanzielles Problem, das auf uns zukommt. Da muss man, weil ausdrücklich erfragt worden ist, was es denn so für Wünsche gibt, sagen: Das ist ein finanzielles Problem. Wenn ich in den aktuellen Haushalt unseres Erzbistums gucke: Ich hatte erwähnt, dass wir zum Beispiel in Berlin über 18 Schulen verfügen, die wir genauso wie andere freie Träger zu einem ganz erheblichen Teil mitfinanzieren müssen, weil die staatliche Förderung – ich weiß, das ist hier der falsche Ausschuss, aber ich sage es trotzdem mal –, die staatliche Refinanzierung, völlig unzureichend ist. Das führt dazu, dass wir 23,1 Prozent, das sind fast 40 Millionen Euro, aus Mitgliedsbeiträgen der Kirchensteuerzahler Jahr für Jahr in der Schulsystem pumpen. Das ist eine Sache, die wir möglicherweise auf Dauer nicht tun können, einfach weil uns dafür das Geld fehlt. Das heißt, wenn man ein funktionierendes kirchliches oder nichtstaatliches Schulsystem neben dem staatlichen haben will, dann muss man an dem Punkt auch gucken, dass man die Leistungsfähigkeit von Kirchen wie von anderen freien Trägern nicht überspannt.

Zum Punkt Sichtbarkeit: Herr Trefzer! Sie hatten das richtig dekodiert. Die Frage des Neutralitätsgesetzes würde ich genauso sehen wie das Bundesarbeitsgericht, befinde mich damit in guter Gesellschaft. Aus meiner Sicht ist es schon so, dass man bei der Ausübung höchster staatlicher Gewalt, das betrifft Polizeibeamte und Justiz, aus meiner Sicht zu Recht sagen kann: Da muss die Offenlegung der eigenen religiösen Überzeugung vielleicht zurückstehen. Das sind Grundrechte, die gegeneinander abgewogen werden müssen. Bei jemandem, der nur – in Anführungszeichen – unterrichtet und das jahraus, jahrein, und der bei der Gelegenheit, wenn der Unterricht gut ist, seine persönlichen Überzeugungen, zwar nicht überwältigend, aber doch weitergibt, ist nicht zu erkennen, warum das Tragen von religiösen Symbolen beeinträchtigend sein soll. Es sei denn, es gibt einen konkreten Fall oder konkrete Schwierigkeiten. Das ist im Neutralitätsgesetz auch so vorgesehen. Dann kann man sicherlich darüber reden. Ansonsten halte ich die jetzige Fassung nicht für sinnvoll, auch pädagogisch nicht für sinnvoll.

Zur Frage der finanziellen Förderung: Sicherlich kommen auf alle Kirchen und Religionsgemeinschaften große Belastungen zu. Bei Kirchen kann man noch sagen, das werden wir auch tun, dass wir die kaum noch beheizen werden. Es wäre ja auch sinnlos, das zu tun. Aber wir haben noch andere große Versammlungsräume haben, Gemeindehäuser, Jugendhäusern, die oft baulich energetisch nicht so wie ein Einfamilienhaus sind, und dort werden wir sicherlich finanzielle Unterstützung brauchen, wenn wir diese Angebote aufrechterhalten wollen, ohne dass uns die Energiekosten auffressen. – Ich hoffe, ich habe alle Fragen erwähnt. Ansonsten bitte ich um kurzen Zuruf. Vielen Dank!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Jetzt würde ich Herrn von Christoupolis noch einmal das Wort geben, und danach habe ich noch eine Nachfragemeldung von Herrn Dr. Juhnke. Die würde ich dann noch zu lassen.

Bischof Emmanuel von Christoupolis (Griechisch-Orthodoxe Metropole von Deutschland): Auf die Gefahr hin, dass ich jetzt vieles, was schon von den Vorrednern gesagt wurde, wiederhole, versuche ich, mich kurz zu halten und zumindest auf das, was ich direkt gefragt wurde, zu antworten.

Zum Thema Covid und Seelsorge: Ich bin der Meinung, dass dieser Prozess immer noch nicht abgeschlossen ist und lange nicht abgeschlossen sein wird. Aus meiner Gemeinde sind ungefähr 70 Personen gestorben, nicht weil sie im Gottesdienst keine Maske trugen oder weil nicht aufgepasst wurde, sondern weil sie sich verschiedentlich angesteckt haben oder irgendwas passiert ist. Das war für uns als Gemeinde und für mich als Vorstand der Gemeinde immer eine harte Nuss, und ich würde heute auch nicht vor Ihnen sitzen. Ich bin letztes Jahr knapp einen Monat lang im Krankenhaus gewesen, und die Prognose war sehr düster und negativ, aber irgendwie habe ich es doch geschafft und ich wurde gesund. Ich habe aus dem Krankenhaus heraus an verschiedenen Veranstaltungen teilgenommen, vor allem, was die Einhaltung der Regeln in den Kirchen betraf. Wir haben mit dem Bundesinnenministerium einiges an Gesprächen führen müssen, dürfen, sollen. Herr Engelbreth hat uns über die ökumenische Schiene sehr gut beraten. Dafür sind wir sehr dankbar. Ich glaube trotzdem, dass dieses Thema noch nicht ausgestanden ist. Dieses Thema, dieser Prozess wird noch auf lange Sicht unsere und alle orthodoxen Gemeinden in Berlin und Deutschland beschäftigen.

Wie gesagt, einige Gemeinden bangen um ihr Überleben. Das wird momentan mit dem Thema Heiz- und Energiekosten nicht besser. Die Aussichten sind nicht besser. Herr Lederer! Sie hatten freundlicherweise die Unterstützung erwähnt. Verzeihen Sie mir, wenn ich Ihnen zustimme, aber die Sache doch ein bisschen anders sehe. Ich habe mindestens zwei, drei Gemeinden auf dem Schirm, die, nachdem verrechnet wurde, was rein- und rauskam – ich formuliere es ganz einfach –, auf einen Betrag von 35 Euro oder 40 Euro kamen. Bei meiner Gemeinde waren es 350 Euro. Ich habe dann gesagt: Gut! Wir haben es jetzt überlebt. – Ich würde mich auch Herrn Vogel anschließen wollen: Ich bin sehr dankbar für diese Initiative. Gleichwohl denke ich, dass wir auch weiterdenken müssen. Es darf keine einmalige Sache sein. Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie auf uns zukommen würden.

Ich habe vorhin von einem Neubau gesprochen. Wir bauen ein Gemeindezentrum und wollen gern ökologisch und nachhaltig bauen, und zwar überall, wo es nur geht, und dabei haben wir viel Unterstützung. Ich schaue zu Ihnen, Herr Staatssekretär Woop: Vielleicht könnten Sie uns ein bisschen beraten, was man da noch machen kann, was als Kirchengemeinde möglich ist. Es steht noch die Prüfung durch die Senatsverwaltung Bau wegen der Zuschussfinanzierung über die Lottostiftung aus, aber wir würden gern noch etwas beanspruchen wollen, vor allem die Hilfe aus diesem Haus, denn wir tun uns schwer, das, was wir vorgesehen haben, was wir errechnet haben, zu liefern. Wir leiden auch unter der Teuerung in der Baubranche. Wenn jetzt noch mal 30 Prozent auf alles Baumaterial draufkommt, schaffen wir das nicht. Wir sprechen von einem Volumen von 2,2 Millionen Euro. Das ist ungefähr der Preis, den der Besitzer des Hauses in der Mittelstraße 33 verlangt, um auf mehrere Nachfragen zu antworten. Er geht natürlich nach dem Quadratmeterpreis und möchte gern knapp 3 Millionen Euro für ein Gebäude haben, das – Herr Engelbreth, ich erlaube mir, den Begriff von Ihnen zu klauen oder mir auszuborgen – ein offenes griechisches Biotop ist, ein Haus, in dem Integrations- und Sprachkurse stattfinden, Theaterkurse, griechischer Sprachunterricht für Kinder aus deutschen Familien oder Deutschunterricht für Griechen, die nach die Deutschland gekommen sind und mittlerweile auch verstärkt für Flüchtlinge aus der Ukraine angeboten wird, in

einem Haus, das sich zusammen mit uns als Gemeinde – die Kirchengemeinde und die Hellenische Gemeinde – um trauernde Familien kümmert, um Menschen, die vor ein paar Monaten nach Deutschland gekommen sind, im Zuge der Krise vor ein paar Jahren, die auf einmal vor der Wahl stehen: Was tue ich mit meinem Verstorbenen? – Wir haben zum Glück ein Gräberfeld in der Eisenacher Straße in Marienfelde. Wir haben ein großes Gräberfeld. Es wird immer voller, und zum Glück ist die evangelische Schwesternkirche – Herr Vogel ist gerade nicht da – sehr entgegenkommend, und wir kriegen immer noch einen Teil dazu. Aber das Thema Trauern ist eine große Herausforderung für uns. Man möge mir verzeihen: Die schier unüberwindlichen Hürden, die es meines Erachtens auch ein bisschen an Respekt mangeln lassen, wenn eine Familie zum Beispiel einen Toten nach Griechenland überführen möchte – – Eine weitere Hürde ist, die ich gern mit den Zuständigen besprechen würde, auch in Ermangelung von Respekt oder Kenntnissen seitens verschiedener Akteure zu sagen: Sie können doch Ihre Toten einäschern, das ist doch dann billiger. – Nach orthodoxem Verständnis ist eine Einäscherung ein Verbrechen an dem Menschen. Wir haben einen theologischen Hintergrund, mit dem möchte ich Sie jetzt nicht belasten, aber es geht nicht. Wir können unsere Toten nicht einäschern. Wenn eine Familie es wünscht, dann tun wir das, aber auch da brauchen wir eine Unterstützung, eine Hilfe, vielleicht auch ein Entgegenkommen, wenn wir sogenannte Sozialbestattungen haben.

Ich komme zum Thema Einsamkeit, das uns sehr beschäftigt. Wir haben sehr viele Griechinnen und Griechen aus der ersten Generation, die hier integriert sind, die mehr Deutsch als Griechisch sprechen, die mal verheiratet waren, Menschen, die nicht mehr zurückkönnen, und zwar nicht nur körperlich, sondern auch seelisch. Ihre Verfassung lässt es nicht zu. Diese Menschen zu begleiten, vor allem in der Coronapandemie, war eine Herausforderung. Versuchen Sie, einer 82-Jährigen zu erklären, dass Sie ihr das Essen nur an die Haustür bringen und sich nicht einfach hinsetzen und die Hand halten können, weil sie nicht lesen kann, weil sie Analphabetin ist, weil sie es geschafft hat, durch alles zu kommen, und die Briefe der Kinder aus Griechenland, die sie nicht zurückholen können, weil kein Ticket gekauft werden kann und und und. Das sind verschiedene Sachen, die hineinkommen, Hürden, die man nehmen muss.

Ich weiß nicht, ob es schon gesagt wurde, aber das ist auch ein großes Thema für mich: In der Betreuung der in Griechenland sogenannten dritten Generation, der Eltern, der Senioren unter uns – – Wir haben eine Altersarmut unter den Senioren, das wird immer wieder gesagt und angeprangert. Wir erleben das in der Gemeinde. Ich würde mich freuen, wenn wir Ostern und Weihnachten nicht mehr so viele Pakete vorbereiten würden, Pakete für Menschen, die sich schämen, die abzuholen, die aber nicht anders können. Ich weiß nicht, wo man da noch zusammenarbeiten könnte.

Sie haben auch über das „Netzwerk der Wärme“ gesprochen. Wir würden das gern tun, wenn wir die Räumlichkeiten hätten. Wenn das Haus in der Mittelstraße 33 verkauft wird – es ist zwar unter Denkmalschutz, aber ich weiß nicht, was der Besitzer machen wird –, haben wir große Probleme, den Menschen, den wir noch ein bisschen Wärme in jederlei Hinsicht schenken können, wenn das weg ist. Ich weiß nicht, ob die Stadt, der Senat, das Abgeordnetenhaus, ich weiß nicht, wer uns da helfen kann. Bitte, unterstützen Sie uns in diesem Betreiben, das aufzufangen.

Ich vermeide bewusst Themen, die von meinen Vorrednern angesprochen wurden, weil ich denke, dass sich unsere Meinungen decken. Wenn wir Orthodoxe sagen, wir haben den rechten Glauben, dann heißt das nicht, dass wir diesen Glauben allen aufdrängen wollen. Wir sind keine missionarische Kirche. Wir sind eine Kirche des offenen Umgangs miteinander, der Liebe, des Verständnisses und der Vergebung, und damit Punkt. Es gibt eine neue Sozialethik der orthodoxen Kirche. Die ist im Amerika geschrieben worden. Wie bei allen neuen Büchern gibt es keine absolute Adaption von allem, aber es kommt so langsam, und da werden all diese Themen, auch die der Diversität, aufgefangen und aufgenommen. Wenn Sie Interesse an Texten diesbezüglich in Deutschland haben, dann schauen Sie bitte auf die OBKD-Seite, die Orthodoxe Bischofskonferenz in Deutschland. Dort gibt es verschiedene Briefe der Bischöfe.

Es ist eine Frage zum Spruchband am Humboldt-Forum gestellt worden. Meine Heimat ist über 480 Jahre vom Islam, vom Osmanischem Staat, besetzt worden, und in jeder Stadt in Griechenland gibt es Moscheen und Bäder, die als Museen erhalten werden, in einem Land, das sehr mit sich kämpft, in einem Land, das vom Nachbarn nicht – ich drücke es ganz vorsichtig aus – freundlich behandelt wird. Sie sehen, was in den letzten Monaten für Tiraden von der Türkei gegenüber Griechenland ausgingen. Es geht um Bodenschätze, um Gas, Erdöl und so weiter und so fort. Gleichwohl nehmen wir all das, was wir dort haben, an als Teil unserer Geschichte und unserer Tradition. Wenn wir sagen: In Deutschland sind wir neutral, und wir sind eine diverse Gesellschaft –, dann verstehe ich nicht, warum nicht eine Moschee neben einer Kirche stehen kann, und warum nicht ein Spruchband auf dem Humboldt-Forum so bleiben kann, wie es ist. Ich habe noch keinen Muslim, Juden oder Vertreter irgendeiner Religion gesehen, der sich davon beleidigt fühlte. Ich verstehe nicht, warum wir die ganze Geschichte schleifen sollen. Wir müssen alles gleichsetzen, damit ja keiner beleidigt ist. Ich glaube, das beleidigt uns als Staat, ich spreche als Deutscher, und das beleidigt unser Geschichtsempfinden.

Bezüglich der Sichtbarmachung als Idee oder Gedanken: Wie wäre es, wenn das Abgeordnetenhaus vielleicht mal mit dem Thema orthodoxe Opfer des NS-Regimes auseinandersetzen würde oder der Militärdiktatur, die nach Berlin gekommen ist, um hier Unterschlupf zu finden oder der Menschen, die in den Sechziger- und Siebzigerjahren des 20. Jahrhunderts als Kinder während des Bürgerkriegs in Griechenland verschleppt wurden? Es gibt eine Generation von Griechen in Deutschland, die nicht weiß, wo sie hingehört. Die sitzen auf zwei Stühlen.

Bezüglich der Sicherheit: Sie können sich vorstellen: Ich bin ein kleiner Fisch im großen Teich. Ich bin dreimal vom Verfassungsschutz aufgesucht worden bezüglich meiner Interaktion mit christlichen Flüchtlingen aus Syrien und dem Libanon. Ich lasse das mal so stehen. – Der ehemalige Bundestagspräsident Lammert sagte: Es ist schlichtweg bemerkenswert. – Ich habe mich sehr gewundert, warum man so auf uns zugegangen ist.

Ich weiß nicht, ob ich alles abdecken konnte. Ich will nur ein Letztes sagen: Ich bin nach Berlin gekommen, und man hat mir gesagt: Du gehst in eine Stadt, in der über allem der Atheismus steht. Ich weiß nicht, ob es eine Einbildung ist oder ein romantisches Denken, aber ich habe bis jetzt an jeder Ecke dieser Stadt Gott gesehen und getroffen in seiner Vielfalt, in seiner Einzigartigkeit, in jedem Menschen. Ich bin noch nie auf der Straße angespuckt, angepöbelt, angefahren worden. Immer kamen Leute auf mich zu. Es gibt in dieser Stadt auch Menschen, die durchaus neugierig sind. Frau Kahlefeld, Sie haben vorhin gesagt, manchmal ist es nervig für die Berliner. Auch da hat sich in Berlin etwas geändert. Gleichwohl, denke ich,

haben wir Nachholbedarf in Bezug auf viele dieser Themen, die angesprochen worden sind. Religionsunterricht ist mir ganz wichtig. Das habe ich auch vorhin gesagt. Das heißt nicht, dass die alternativen Formen des Unterrichts für diese Menschen unwichtig sind. Auch da habe ich Respekt.

Zwei Sätze noch: In einer griechisch-deutschen Kita kamen die Eltern auf mich zu und sagten: Es ist doch ein Unding, dass aus Gesundheitsgründen Schweinefleisch verboten ist. – Auch das habe ich nicht so recht verstanden. Die Leiterin sagte mir, aus gesundheitlichen Gründen würde es ab jetzt bei uns in diesem Haus so sein. Ich habe nicht gefragt, welche Religionszugehörigkeit die Kinder haben. Das interessiert mich auch nicht. Das ist nicht die Grundlage meines Denkens und Handelns. Ich glaube, ich meine und bin dankbar, dass Sie uns anhören, angehört haben und vielleicht noch mal einladen werden. Ich habe vorhin Herrn Engelbreth gesagt, ich habe durch meine Arbeit auf der Bundesebene Berlin sehr vernachlässigt, und ich bin sehr dankbar für diese Einladung heute. Kommen Sie bitte auf mich zu, wenn noch Fragen offen sind, wenn ich etwas vergessen habe. Kommen Sie auf mich zu, wenn Sie meinen, dass wir etwas zu dieser Stadt, zu dieser Gesellschaft beitragen können. Ich glaube, das teilen und denken wir alle: Wir sind gemeinsam verantwortlich dafür, dass es in dieser Stadt wert ist zu leben und diese Stadt und diese Gesellschaft miteinander zu gestalten. Dafür sind wir dankbar und freuen uns auf alle Herausforderungen. – Danke schön!

Vorsitzende Laura Neugebauer: Ich habe noch eine Nachfrage von Herrn Dr. Juhnke.

Dr. Robbin Juhnke (CDU): Ich gucke auf die Uhr und möchte auch das schöne Schlusswort von Bischof Emmanuel nicht noch versuchen, zu erweitern oder zu toppen. Von daher ziehe ich die Frage zurück und werde meine unbeantworteten Fragen bei Gelegenheit bilateral mit dem Senat klären.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Dann würde ich diesen Tagesordnungspunkt vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt. Ich habe danach noch eine Meldung von Frau Schmidt.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE): Herr Dr. Juhnke hat schon darauf hingewiesen: Die Zeit ist weit fortgeschritten. Deshalb habe ich die Bitte, dass wir den Tagesordnungspunkt 5 heute vertagen und nicht mehr behandeln, damit wir bei dem Thema ausreichend Zeit für die Debatte haben. Das scheint mir heute nicht gegeben zu sein.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Gibt es hierzu Gegenrede oder Anmerkungen? – Dann würde ich es trotzdem, weil es eine Änderung der Tagesordnung ist, kurz abstimmen. Wer stimmt dem Vorschlag, dass wir den Tagesordnungspunkt 5 heute nicht behandeln, zu? – Das sind die Koalitionsfraktionen, die FDP, die AfD-Fraktion und die CDU. Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Das sehe ich nicht. Dann wäre das beschlossen.

Herr Senator! Ein Wort vor dem nächsten Tagesordnungspunkt?

Bürgermeister Dr. Klaus Lederer (SenKultEuropa): Ja, das wäre ganz nett, denn das passt dazu, dadurch, dass der Tagesordnungspunkt jetzt verschoben worden ist: Herr van Dülmen hat ein paar Broschüren mitgebracht, die ein paar Impressionen vermitteln. Die würde ich ihn jetzt ungern wieder zurückschleppen und beim nächsten Mal wieder antragen lassen. Viel-

leicht können wir die am Rande den Mitgliedern des Ausschusses zur Verfügung stellen. Dann können Sie sich schon warmgrooven.

Vorsitzende Laura Neugebauer: Das können wir machen. – Noch mal zurück: Ich will mich ganz herzlich bei den Anzuhörenden bedanken, dass Sie sich heute die Zeit für uns genommen haben. Das war eine sehr umfangreiche Anhörung, wahrscheinlich dem geschuldet, dass es die erste dieser Art in dem Ausschuss war und es an der Stelle viel Gesprächsbedarf gab. Vielen Dank, dass Sie sich die Zeit genommen haben und die Fragen der Abgeordneten so ausführlich beantwortet haben! – Sie können noch den Rest des Ausschusses verfolgen oder Ihren eigenen Terminen nachgehen. Vielen Dank!

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 19/0530

Die Sonntagsfrage: Verkaufsoffene Adventssonntage ermöglichen – Voraussetzungen schaffen

[0081](#)
KultEuro
IntArbSoz(f)
WiEnBe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Der Berliner Kultursommer 2022. Stand der Vorbereitungen
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)
- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Der Berliner Kultursommer 2022: Rückschau und Ausblick
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke)

[0021](#)
KultEuro

[0086](#)
KultEuro

Vertagt.

Punkt 6 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.